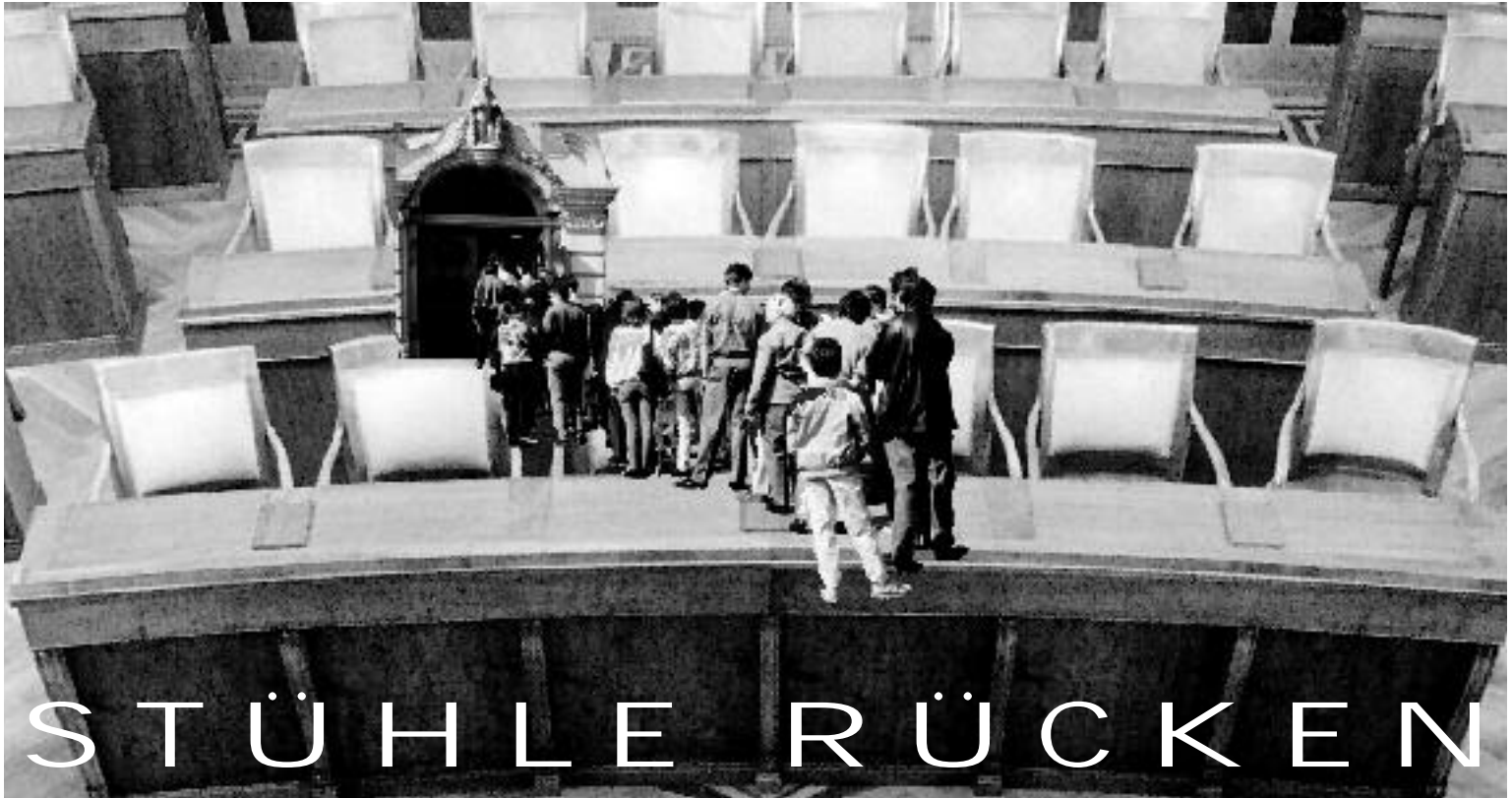


SGA-BULLETTIN

3/94

Zeitung der Sozialistisch-Grünen Alternative Zug

September 1994



STÜHLE RÜCKEN

Marc Rich

Lesbisch-schwules Zugerland

Nominationen

Lenzlinger

Ratsberichte

Einzahlungsschein

Diesmal erhalten nur diejenigen einen Einzahlungsschein, die dieses Jahr noch keinen Beitrag ans SGA-Bulletin überwiesen haben. Also: Falls Sie einen Einzahlungsschein erhalten, ist dies mit der Hoffnung verknüpft, dass Sie einen bescheidenen Beitrag auf unser PC-Konto überweisen. Vielen Dank!

LayouterIn gesucht

Für die vier Ausgaben des SGA-Bulletins im Jahre 1995 suchen wir eineN LayouterIn. Was wir verlangen: Erfahrung in DTP, wenn möglich auf Macintosh. Was wir bieten: eine interessante und herausfordernde Tätigkeit. Auskünfte erteilt Ihnen Reto Hunziker, Alte Baarerstr. 3, 6300 Zug, Tel. 21 84 93.

Übrigens: Zusätzlich suchen wir ein oder zwei Mitglieder für die Bulletin-Redaktion.



Am 17. September fand in Zug im Rahmen der Kampagne «50 Jahre IWF- und Weltbank-Politik – Strich drunter!» ein Schuldenstreich-Aktionstag statt. Beteiligt waren Leute der Erklärung von Bern, von Greenpeace und der SGA. Diese Aktion war der Auftakt zu einer Kampagne, die die Reduktion der Schulden der ärmsten Entwicklungsländer gegenüber IWF und Weltbank fordert (mehr darüber im nächsten SGA-Bulletin).

Das Metalli-Zentrum in Zug erwies sich als hartes Pflaster. Nur wenige PassantInnen liessen sich von der Animatorin zum Schuldenstreichen bewegen.

Inhaltsverzeichnis

Aus Marc Rich wird Glencore Der Schlüssel heisst Ravenswood	Seite 4
Gemeinderatswahlen Baar Einerseits verwalten – andererseits gestalten Kinder: Ausgangspunkt für eine andere Politik	Seite 5 Seite 12
Stadtratswahlen Zug «Geld und Macht verzerren die Beziehungen» «Frauen müssen auf der Exekutivebene handeln!»	Seite 6 Seite 9
12 Jahre Grosser Gemeinderat Vom Einzelkämpfer zum Sprecher der stärksten Fraktion	Seite 13
Stadtplanung à la CVP und FdP Es steht viel auf dem Spiel	Seite 15
7./8. Oktober: Zweijahresversammlung der ARW in Zug Zuger Waffen-Connections: Wie lange noch?	Seite 17
Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare Lesbisch-schwules Zugerland	Seite 18
Regierungsrat Eine Reise nach Potsdam	Seite 20
Kantonsrat Verschlechterung der Pensionsbedingungen für Frauen	Seite 22
Grosser Gemeinderat Pensionskasse bleibt bei der Stadt	Seite 24
Frontal	Seite 25
«Innere Sicherheit» Vorläufige Thesen über das Schlagwort hinaus	Seite 26

Impressum

SGA-Bulletin Nr. 3/94, September 1994; erscheint viermal jährlich.
Herausgeber: Förderverein pro SGA-Bulletin
Adresse: SGA-Bulletin, Postfach 829, 6301 Zug; Telefon: 21 84 93
Redaktion: Margit Gigerl, Reto Hunziker, Daniela Meyer, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Brigitte Weiss
Belichtung und Druck: Victor Hotz AG, Baar
Auflage: 1400
Abonnements: Fr. 20.-; Mitgliederbeitrag Förderverein: Fr. 100.-
Redaktionsschluss Nr. 4/94: Montag 5. Dezember; Erscheinungsdatum: Montag, 19.12.1994.

Gleichstellung ist kein Recht, sondern von der Konjunktur abhängig

Banken entliessen fast nur Frauen», diese Schlagzeile las ich Mitte September im Tagi. Die Frauenkommission des Schweizerischen Bankpersonalverbandes hatte dies festgestellt und Alarm geschlagen. Die Gesamtzahl der Beschäftigten im Bankwesen nahm 1993 um 1713 Personen ab. Davon betroffen waren 1570 Frauen – oder 92%...

Rationalisierung und Reorganisation als Sparmassnahmen haben vor allem die unteren Arbeitsbereiche betroffen, also die Frauenarbeitsplätze. Zusätzlich wurden Teilzeitstellen gestrichen, was wiederum hauptsächlich Frauen traf. Doch das Bankgewerbe steht damit nicht allein. Die Arbeitslosenzahlen zeigen, dass prozentual (im Vergleich mit der Erwerbsquote) mehr Frauen als Männer ihre Arbeit verlieren. Dazu kommt noch die unbekannte Zahl von Frauen, die nicht stempeln gehen.

Es sieht also ganz so aus, als ob die Gleichstellung von Frau und Mann nur in wirtschaftlich guten Zeiten eine Chance hat, überhaupt angegangen zu werden (Verfassungsartikel hin oder her). Ausser natürlich, wenn mit der Gleichstellung gespart werden kann, aktuellstes Beispiel ist das Rentenalter der Frauen. Ein ernüchterndes Fazit.

Als langjährige Frauenbewegte versuche ich, neue Ideen und Handlungsmöglichkeiten zu



finden, um nicht zu resignieren. Das ist aber nicht ganz einfach. Solange die politische und wirtschaftliche Macht in Männerhänden bleibt, wird sich wenig ändern. Denn diese Männer sind nicht interessiert an einer Umverteilung der Arbeit und der Macht zugunsten der Frauen. Deshalb kommt die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter nicht vom Fleck, im Gegenteil wird behindert und verhindert. Ein Beispiel: die Lohngleichheitsprozesse, die Jahre dauern, unter anderem weil die angeklagten Arbeitgeber alle Rechtsmittel ausschöpfen, um nicht zahlen zu müssen – aber fast nie gewinnen. Das ist zum Verrücktwerden oder zum Verleiden, was ganz im Sinne dieser Herren wäre.

Was also sind die Gegenmittel?

In diesem Herbst können wir Einfluss nehmen auf die Zusammensetzung der politischen Gre-

mien. Wenn wir es schaffen, die Mehrheitsverhältnisse im Zuger Stadtrat zu verändern, einen zusätzlichen Sitz im Regierungsrat zu erlangen – und diese Sitze von Frauen besetzt werden, denen die Gleichstellung ein echtes Anliegen, gar eine Priorität ist, dann wäre das ein positives Zeichen. Dasselbe gilt natürlich auch für die Räte in den Gemeinden. Auch der Kantonsrat braucht viele Leute mit frauenpolitischem Engagement, hier sind wir als Wählerinnen und Wähler ebenso gefordert – eben auszuwählen.

Aber auf die Regierungen und die Parlamente ist nicht einfach Verlass (siehe oben!). Wir Frauen müssen uns viel mehr selber wehren, hartnäckig bleiben und unbequem – und zwar überall. Dazu gehört dann auch die gegenseitige Unterstützung, die Solidarität. Ein hoher Anspruch, dem ich mich selber auch stellen will.

Manchmal habe ich von all den Frauenthemen die Nase voll, habe keine Geduld mehr, zu warten, weiterzukämpfen. Möchte mich zurückziehen, nur noch meinen privaten Interessen und Bedürfnissen nachgehen. Aber dann meldet sich mein «Trotzkopf», auch mein Gewissen, und ich merke, dass ich nicht klein beigeben will, dass ich für meine Rechte eintreten will, möglichst mit vielen anderen zusammen!

■ Arlene Wyttenbach

Der Schlüssel heisst Ravenswood

Seit dem 1. September 1994 gibt es die Marc Rich + Co AG nicht mehr. Das Zuger Firmenimperium mit einem Jahresumsatz von 40 Milliarden Schweizer Franken ändert seinen Namen in Glencore International. Der neue starke Mann ist ausgerechnet jener Willy Strothotte, der vor zwei Jahren als Nummer Zwo von Marc Rich gefeuert worden ist.

Josef Lang

Warum ist der heute 49jährige Strothotte Ende Mai 1992 von Marc Rich gefeuert und neun Monate später wieder angeheuert worden? Wie hat er's geschafft, die bisherige Nummer One abzulösen? Hiesige und nord-amerikanische Medien suchen die Antwort in Richs Belastung wegen der Scheidung und/oder in seinem Glück mit der neuen Liebe und/oder in Schwierigkeiten mit dem Osthandel und/oder in Verlusten im Zinkgeschäft undodersoweiter.

Die untenstehende Chronologie mit zum Teil erstmals veröffentlichten Informationen zeigt, dass der Schlüssel zum Verständnis von Strothottes Entlassung, Wiedereinstellung und Aufstieg Ravenswood heisst. Der 1700köpfigen Belegschaft der Ravenswood Aluminium Corporation (RAC) und deren Gewerkschaft, den United Steelworkers (USWA), ist es bekanntlich im Mai 1992 gelungen, die Marc Rich nach einem 20monatigen Arbeitskampf in die Knie zu zwingen.

29. Januar 1992, Zug: Eine gemeinsame Aktion von US-GewerkschafterInnen und Zuger Linken vor der Marc-Rich-Zentrale wird von NBC und ABC gefilmt. Während sie dies tun, versuchen zwei dunkel gewandete Herren durch das Getümel in den Glaspalast zu gelangen: Es handelt sich um Marc Richs Rechtsvertreter Leonard Garment, Richard Nixons Watergate-Anwalt, und William Bradford Reynolds, un-



Alter Wein in neuen Schläuchen: Aus Marc Rich wird Glencore.

■ Bild Bulletin

ter Ronald Reagan Nummer 2 im Justizministerium. Der hohe und teure Besuch in Zug bestätigt, dass Marc Rich auf dem besten Weg ist, seine persönlichen und geschäftlichen Probleme mit der US-Justiz zu regeln. So könnte er in die USA zurückkehren, ohne Gefahr zu laufen, wegen Steuerbetrugs für 325 Jahre ins Gefängnis gesteckt zu werden. (Zwei Wochen später bestätigen mir die zwei für das Einfangen von Marc Rich zuständigen FBI-Beamten in der New Yorker Hauptzentrale diese Einschätzung.)

12. Februar 1992, USA: In den Hauptnachrichten der NBC-TV

News wird ein Interview ausgestrahlt, das kurz nach der Zuger Aktion mit dem auf einer Bündner Skipiste überraschten Marc Rich gemacht worden ist. Zwischen dessen kaltschnäuzige Aussagen zu den Iran-Geschäften werden Bilder über die Geiselauffäre eingeblendet. Alle BeobachterInnen, die ich am nächsten Tag in den USA befrage, sind sich einig, dass Marc Rich nach dieser Sendung die Hoffnung auf eine Einigung mit den US-Behörden aufgeben muss.

25. Mai 1992, Zürich: Ein lockerer Willy Strothotte schliesst einen Vortrag über das GUS-Geschäft mit den

Einerseits verwalten – andererseits gestalten

Worten: «Ich verdanke Marc Rich eine phantastische Karriere.»

29. Mai 1992, Pittsburgh: Um 3 Uhr morgens geht die letzte und längste Verhandlungsrunde zwischen den Rich/RAC-Vertretern und der Gewerkschaft dem Ende entgegen. Peter Nash, unter Nixon Generalberater des amerikanischen Arbeitsamtes, und der RAC-Direktor Craig Davis stellen eine Schlussbedingung: «Zwei wegen Gewaltanwendung verurteilte Arbeiter werden nicht eingestellt.» Nach der überraschenden Antwort «alle oder keiner» schaut der konsternierte Davis auf die Uhr und sagt: «Ich rufe Strothotte in Zug an.» Nach kurzer Zeit kommt er zurück mit dem Bescheid: »Wir akzeptieren diese Bedingung.« Um 8 Uhr erfährt das der darüber entsetzte RAC-Mitdirektor und Rich-Protégé Jean Loyer; auch er telefoniert nach Zug. Am gleichen Tag wird Strothotte entlassen.

In den nächsten Monaten muss Rich zur Kenntnis nehmen, dass die Firma unter seiner Führung auf lange Zeit eine normale Beziehung zu den USA, dem wichtigsten Rohstoffmarkt, vergessen muss. Schweren Herzens entschliesst er sich, von seiner 51prozentigen Aktienmehrheit die Hälfte den topverdienenden Angestellten zu verkaufen, sich von der operativen Führung zurückzuziehen und den beim Personal beliebten Strothotte zurückzuholen. Anlässlich des diesjährigen Davoser Symposiums bekennt er gegenüber dem «Wallstreet Journal» (1.2.94), dass er hoffe, mit seinem Rückzug die Verhandlungen mit den US-Behörden zu erleichtern. Für einmal ist Marc Rich ehrlicher als Willy Strothotte. Dieser behauptet in der «Zuger Zeitung» (3.8.94), die «Auseinandersetzungen mit den US-Behörden» hätten auf die «Änderungen der Besitzverhältnisse überhaupt keinen Einfluss gehabt». □

«Dass neben dem Verwalten einer Abteilung und dem Angehen von Alltagsproblemen der kreative Bereich nicht zu kurz kommen darf, ist für mich die grösste Herausforderung an ein Exekutivamt.»

Urs Kern

Die Gemeinde Baar ist im Umbruch. Das rasante Wachstum der letzten Jahre hat Spuren hinterlassen und eröffnet einen Handlungsspielraum in mancher Hinsicht. Die Verlagerung von Industriearbeitsplätzen hin zu Stellen im Büro- und Verwaltungsbereich hat die Gemeinde nicht nur visuell verändert, sondern sie hat auch die Attraktivität für PendlerInnen von ausserhalb der Gemeinde stark erhöht. Waren die Arbeitsplätze in der Spinnerei mehrheitlich durch in Baar wohnhafte Arbeitskräfte besetzt, ist dies bei Metro, Shell etc. nicht mehr unbedingt der Fall. Das verursacht zunehmende Pendlerströme und infolge der Zunahme von Arbeitsplätzen schlussendlich auch raumplanerische Probleme.

Die Forderung von «mehr Sicherheit» muss deshalb im Bereich Verkehr umgesetzt werden. Sichere und von Schleichverkehr befreite Quartiere, sichere Schulwege für unsere Kinder und ein Dorfzentrum, das zum Verweilen einlädt, sind nur einige Stichwörter. Hier ist Kreativität gefragt und ein starkes Rückgrat vonnöten, denn allzuoft wird der erwartete wirtschaftliche Aufschwung den «grünen» Fragen untergeordnet.

Die sogenannte Umfahrung Baar/Zug ist umstritten wie noch nie. Die Akzeptanz sinkt wegen der immensen Kosten von weit über 500 Mio. Franken – und manch eine/ei-



Urs Kern.

ner fragt sich, ob das gigantische Bauwerk seinen Zweck einmal erfüllen wird. Weil der Baubeginn, wenn überhaupt, auf die Jahrtausendwende fällt und mit einer zehnjährigen Bauzeit gerechnet wird, müssen andere Lösungen so oder so gefunden werden. Denn bis dann erstickt Baar an seinem eigenen und hausgemachten Verkehr.

Der politische Spielraum der Gemeinde ist nicht enorm, aber er ist vorhanden. Die Hoheit über die gemeindlichen Strassen und der Einfluss mittels eines griffigen Parkplatzreglement sind Instrumente, die es einzusetzen gilt. Zum Beispiel ein Dorfzentrum ohne Durchgangsverkehr brächte zweierlei Vorteile: Erstens erhöht sich die Wohnqualität der AnwohnerInnen, und zweitens steigt die Attraktivität der «Baarer City», weil Verkehrssicherheit und der Schutz vor Lärm und

«Geld und Macht verzerren die Beziehungen»

Zur Person

39jährig, verheiratet mit Alice Stäuble, Vater (Sohn von eineinhalb Jahren). Arbeitet als Kaufmann in einem Ingenieurunternehmen in Affoltern am Albis.

SGA-Kantonsrat seit 1990, Mitinitiant des Referendums gegen die KVA Fänn, Mitglied der Kommission für «Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigung» in Baar.

Gestank zum Verweilen einladen. Ergebnisse in anderen Ortschaften lassen aufhorchen. Dass damit die Attraktivität des Velos als innerdörfliches Verkehrsmittel zunimmt, ist nur ein (positives) Nebenprodukt.

Nach wie vor gilt es, das Augenmerk auf die Verkehrssicherheit in den Quartieren und hier insbesondere auf die der Kinder zu richten. Tempo 30 mit entsprechenden baulichen Massnahmen ist immer noch ein taugliches Mittel, obwohl Abstimmungen in Baar und Zug im populistischen Strudel untergegangen sind. Zur Zeit werden die von der Gemeinde geförderten familienfreundlichen Wohnungen «Sagenbrugg» bezogen. Gerade hier wird sich zeigen, wie nötig Massnahmen zur Verkehrsberuhigung auf der Schutzengelstrasse sind.

Ähnliches ist in Sachen Parkplatzreglement zu sagen. Hier muss ein viel restriktiveres Regime angewendet werden. Denn, nehmen die Arbeitsplätze weiterhin in diesem Tempo zu und werden keine weitergehenden Einschränkungen der Parkplätze verlangt, wird der Pendlerverkehr weiter wachsen. Denn jeder neue Geschäftsparkplatz ist ein Auto mehr in Baar; und umgekehrt gilt auch, dass jeder, der gestrichen wird, beiträgt zur Auslastung des öffentlichen Verkehrs bei. □

Interview Martin Stuber

Bulletin: *Du bist schon seit über zwanzig Jahren politisch aktiv, davon die letzten acht Jahre im Grossen Gemeinderat (GGR) der Stadt Zug. Was sind die Höhepunkte in dieser Zeit für Dich persönlich?*

Dani Brunner: Mit Höhepunkten ist es so eine Sache: Die Annahme der Grünflächen- und Wohnanteils-Initiative 1990 war ein Höhepunkt in einer langen Kette von Auseinandersetzungen um die Stadtentwicklung. Was aber die bürgerliche Gemeinderatsmehrheit aus der Stadtplanung gemacht hat, führt direkt auf einen Tiefpunkt. Oder nimm das Beispiel Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Hier war es mir als Kommissionspräsident möglich, trotz Minderheitsposition von SP/SGA/BL in einer überparteilichen Koalition eine viel billigere Lösung vorzuschlagen als die des Stadtrats, die für MieterInnen und Bauherrschaften von kostengünstigen und ökologischen Siedlungen jedoch deutlich grössere Leistungen gebracht hätte. Dieses Modell ist im Gemeinderat so demontiert worden, dass bisher keine einzige Wohnung gefördert wurde.

Es gibt aber auch ungetrübte Höhepunkte. Als mich eine CVP-Gemeinderätin wegen meiner Zivilschutzverweigerung aus dem Gemeinderat ausschliessen lassen wollte und ich zur Überraschung aller mit Markus Kündigs unsanktionierten ZS-Absenzen kontern konnte. Das hat stark dazu beigetragen, dass Kündig 1990 um seinen Ständeratssitz zittern musste.

Gibt es einen speziellen Tiefpunkt?

Ja! 1983, als das Stadtzuger Stimmvolk den Metall-Bebauungsplan mit nur 20% Wohnanteil und 900 Parkplätzen bewilligte.

Du bist der Spross einer der reichsten Familien-Dynastien (Gyr) in Zug. Wie kommt es, dass Du «die Seite gewechselt» hast?

Geld und Macht verzerren menschliche Beziehungen. Ein Beispiel: Als Kind hatte ich einige unangenehme Erfahrungen mit Menschen, die nichts von meiner Herkunft wussten und dann wie «umgekehrte Handschuhe» waren, nachdem sie wussten, «aha, das ist ein kleiner Brunner». Auch meine Pubertät hat das nicht gerade erleichtert.

Entscheidend waren aber zwei Faktoren: erstens das Wissen um den Zustand unseres Planeten und der Menschheit. Zweitens ein Entschluss während des Studiums: Statt einer Führungsaufgabe in der Landis & Gyr, die wegen der Uneinigkeit der «3. Generation» für mich und die Firma auf unsicherem Boden gestanden hätte, habe ich es vorgezogen, Einfluss auf dem Weg der demokratischen Legitimation, also in und mit der Politik, zu suchen.

Von Deinem Hintergrund her sicherlich vererbt ist das Interesse für ökologische Fragen. Glaubst Du daran, dass innerhalb der kapitalistischen Marktwirtschaft die für das Überleben der Menschheit notwendige ökologische Wende machbar ist?

Nein, wenn Du die derzeit populäre «reine» Marktwirtschaft meinst. Für zwei Drittel der Menschheit zeigt die Marktwirtschaft ihr sozial und ökologisch hässliches Gesicht. Ohne bewusste Steuerung der Wirtschaft durch die Gesellschaft ist eine ökologische Wende nicht realisierbar. Eingriffe in den Markt dürfen allerdings nicht bewirken, dass rational agierende Beteiligte zu volkswirtschaftlich widersinnigem Verhalten quasi gezwungen werden.

Kannst Du das konkretisieren?

Wenn Brot so stark subventio-

niert wird, dass es als Futtermittel eingesetzt wird wie z.B. während Jahrzehnten in Ägypten. Oder an einem Beispiel aus der Stadt Zug, positiv formuliert: Die Wohnanteils-Initiative ist aus der Sicht gewisser EigentümerInnen ein harter Eingriff, aber unterbindet das Spiel des Marktes nicht und hemmt auch die Investitionsbereitschaft sehr wenig. Dank dieser Regulierungsmassnahme werden mehr Wohnungen und weniger Büros gebaut.

Stichwort ökologische Wende: Eine ökologische Landwirtschaft ist überlebenswichtig für die Erhaltung der Nahrungsgrundlagen. Du steckst viel Arbeit in die Tätigkeit der IG-Bio und hast da schon einiges erreicht. Selber lebst Du aber nicht allzu «bio». Ein Widerspruch?

Weil ich mich fast immer in und um Zug aufhalte und nicht automobil bin, sieht meine Energiebilanz – der wichtigste Indikator für einen ökologischen Lebenswandel – ganz passabel aus. Aber mein übriger Lebensstil gäbe tatsächlich kein Öko-Vorbild ab: Nimm das Rauchen oder das ständige Auswärts-Essen. Das hat viel mit meinem nicht gerade stressarmen Leben zu tun. Als Politiker habe ich das Glück, dass von mir initiierte Massnahmen mehr Auswirkungen haben als mein persönliches Verhalten.

Das ist mir zu allgemein!

Die seit 1990 gültigen Mindestwohnanteile machen bereits heute sicher mehr als hundert Auto-Pendlerfahrten täglich überflüssig. Auch die mittlerweile 20 Bio-Bauernhöfe im Kanton Zug verringern die Umweltbelastung viel stärker, als ich es mit persönlichem Konsumverzicht könnte.

Wir arbeiten ja schon seit zwanzig Jahren politisch zusammen, von daher weiss ich, dass Du mit Haut und



«'Meine' Finanzabteilung würde die städtischen Wohnungen günstiger finanzieren und beim Bezug öffentlich ausschreiben.»

■ Bilder Bulletin

Haaren Politiker bist, als Workaholic auch in unseren eigenen Reihen schon mal aneckst. Manchmal denke ich, dass Dir Zug eigentlich fast zu klein ist für Deine politische Energie.

Was in Haiti oder Peking passiert, finde ich effektiv oft wichtiger als unsere kleine Zuger Welt. Möchtest Du mich deshalb in die Aussenpolitik abschieben?

Nein! Meine Frage ist, ob die politischen Veränderungsmöglichkeiten in Zug Deinen Ambitionen genügen.

In einem Umfeld fast ohne aktive soziale Bewegungen ist gerade die Kleinheit eine Chance, verändernd einzugreifen. Anders als in Zürich oder auf nationaler Ebene können hier auch kleine Gruppen grössere Kampagnen durchziehen. 20 engagierte Leute können z.B. kurzfristig 1500 Unterschriften für ein Referendum sammeln, bei 50'000 brauchst Du einen straffen Apparat oder eine Bewegung – oder beides.

Zurück zur Stadt Zug. Du kandidierst für den Stadtrat, einige meinen: «Endlich!». Im Gemeinderat habe ich angesichts Deiner Sachkenntnisse manchmal den Eindruck, in ei-

ner Reihe mit dem sechsten Stadtrat zu sitzen. Entsprechend stark Deine Auftritte im GGR. Was sind die wichtigsten Erfolge im letzten GGR?

1991 konnten wir den Stadtrat überraschenderweise auf eine konsequente Frauenförderungs politik verpflichten, aber ob die Empfehlungen des jetzt vorliegenden Arbeitsgruppenberichtes verwirklicht werden, ist eine andere Frage.

Die frühe Opposition der Gemeinderatsmehrheit hat sicher einen wichtigen Beitrag zur Bodigung der twerenboldschen KVA-Fänn-Vorlage geleistet.

Ähnlich wichtig könnte die laufende Studie für einen Kurztunnel als Alternative zum gigantischen kantonalen Strassenprojekt (Stadt-tunnel und Ost-West-Verbindung) werden.

Beim Reglement für die Förderung von Alternativenergien hat die Rückweisung an den Stadtrat für einmal etwas gebracht: das kürzlich verabschiedete Reglement erlaubt einen 20%igen Beitrag statt der ursprünglichen 10%.

Bei einigen Erfolgen habe ich die Hauptarbeit geleistet: Mit unseren Velo-Motionen und dem hartnäckigen



«Für zwei Drittel der Menschheit zeigt die Marktwirtschaft ihr sozial und ökologisch hässliches Gesicht.»

gen ausserparlamentarischen Nachhaken haben wir die Stadt spürbar velofreundlicher gemacht.

Dann haben wir erreicht, dass die rund 30 Mio. Franken teure Gesamtsanierung des Loreto-Schulhauses günstiger und ökologischer projektiert werden muss. Die neuen städtischen Wohnungen im Herti V sind preisgünstig gebaut worden, obwohl der Stadtrat das ursprünglich nicht wollte. Ebenso leben dort heute mehr (ausländische) Familien mit tiefen und mittleren Einkommen, als von der Finanzabteilung geplant.

Was ändert sich, falls Du auf die Exekutivbank wechselst?

Weil ich seit zwei Jahren fast ausschliesslich politisiere, müsste die städtische SGA inner- und ausserparlamentarisch eine spürbare Lücke füllen.

Im Stadtrat als Kollektiv gäbe es sicher mehr «Zug». Viel hängt natürlich davon ab, welcher Abteilung ich vorstehen würde. Für jede habe ich einige Ideen und bin zuversichtlich, dass ich die laufenden Geschäfte, aber auch zukünftige Pro-

jekte auf eine bessere Schiene bringen könnte.

Zum Beispiel?

«Meine» Finanzabteilung würde die städtischen Wohnungen günstiger finanzieren und beim Bezug konsequent öffentlich ausschreiben. Sie würde für die Beiträge an die KulturveranstalterInnen transparente Kriterien einführen. Bei der Vorbereitung des städtischen Budgets würde ich ökologische und soziale Schwerpunkte setzen. Beim Sparen würde ich nicht um 200 Franken Bastelbudget von PrimarlehrerInnen streiten, sondern ginge auf grosse Brocken los. Ich denke hier z.B. an den ca. 40-Mio.-Beitrag an die Stadt-«Umfahrung», die der Kanton von der Stadt verlangen will.

Einem Verwaltungsapparat vorstehen ist ja auch eine wichtige Stadtrats-Funktion. Hast Du nicht Angst, mit Deiner manchmal provozierenden Art hier unnötiges Geschirr zu zerschlagen?

Nach der Übernahme einer Abteilung würde ich zuerst allen MitarbeiterInnen intensiv zuhören – auch

solchen, mit denen ich bisher politisch v.a. die Klängen gekreuzt habe. In der alltäglichen Arbeit liegt wahrscheinlich in jeder Abteilung ein grosses Potential für beide Seiten: sowohl für ein besseres Arbeitsumfeld als auch für die Umsetzung anderer politischer Prioritäten.

Bei einer längeren Zusammenarbeit würden deshalb meine «Anstösse» eher nebensächlich. Umgekehrt dürfte mir ja auch jedeR die Meinung ohne Angst vor unangenehmen Folgen ins Gesicht sagen.

Auf der gemeinsamen SP/SGA-Stadtratsliste hast Du aus den eigenen Reihen mit der Kandidatur von Dana Zumr starke Konkurrenz. Wie lebst Du damit?

Viel besser als ohne! Danas Kandidatur und unsere Öffnung gegenüber Parteilosen hat unseren Wahlkampf beflügelt. Ob mein oder Danas politisches Profil schlussendlich mehr einschenkt, überlasse ich gerne den WählerInnen.

Hast Du Angst vor dem Frauenbonus?

Nein. Gerade weil Dana keine «Alibifrau» ist, sondern mit Power gestaltend eingreifen will, bringt sie unserer Stadtrats-Liste Stimmen, was für die Anzahl Sitze wichtig ist. Und nach unserer langen und mühsamen KandidatInnensuche für den GGR freut es mich, dass dies für alle unsere Kandidatinnen gilt. Wenn Du den Frauenanteil auf allen unseren Listen anschaut, kann uns der Frauenbonus eigentlich nur nützen.

Die SP hat mit einem ziemlich rücksichtslosen Erpressungsmanöver Deine Kandidatur als Stadtpräsident im ersten Wahlgang (es gibt ja angesichts der Anzahl Kandidaten sicher zwei Wahlgänge) verhindert – und nebenbei gesagt hast Du mit Deinem Verzicht die gemeinsame Liste gerettet. Ein grosses Opfer?

«Frauen müssen auf der Exekutiveebene handeln!»

Als schlimm empfand ich weniger mein «Opfer» als die Diskussionsverweigerung der SP. Im übrigen denke ich, dass sich nun Othmar Romers Chancen ironischerweise verkleinern. In einem ersten Wahlgang hätte das linksgrüne Lager mit mir als jungem und frechem Kandidaten zusammen mit Othmar, der ins bürgerliche Lager ausstrahlt, wahrscheinlich über 50% der Stimmen erreicht. Im zweiten Wahlgang wäre Othmar als die «goldene Mitte» dagestanden. Jetzt wird Othmar als alleiniger Vertreter der Linken im ersten Wahlgang wohl unter dem absoluten Mehr bleiben, im zweiten Wahlgang dürften dann die Bürgerlichen konsequent für Ihren bestplatzierten Kandidaten stimmen.

In der Wahlnummer des eSPe-Blattes ist drei hochkarätigen SP-KoryphäInnen zur Frage nach den Stärken und Schwächen der SP keine eigentliche Schwäche in den Sinn gekommen... Ist die SGA auch so perfekt?

Natürlich!... Nein, im Ernst: Mir wäre es lieber gewesen, wir hätten unsere Wahlplattform schon letztes Jahr vorbereitet. Das hätte grundsätzliche Diskussionen ermöglicht, die im politischen Alltag zu oft untergehen.

Wir haben immer noch eine zu geringe gesellschaftliche Verankerung. Für viele politische Aktualitäten müssen wir uns das Know-how ad hoc beschaffen, statt routinemässig auf Berufsleute im entsprechenden Bereich zählen zu können. Viel zuwenige unserer Mitglieder schreiben Leserbriefe, die gerade in Zug ein billiges und wirksames Instrument sind. Mit unseren SympathisantInnen sind wir manchmal in einem Dilemma: Unsere Philosophie ist die gesellschaftliche Selbstorganisation. Im Vergleich dazu werden wir zu häufig als «Dienstleistungsorganisation» eingesetzt. □

Interview Martin Stuber

Bulletin: *Im Gegensatz zu Dani Brunner bist Du nicht in der Stadt Zug geboren. Empfindest Du das als Nachteil in den Wahlen?*

Dana Zumr: Nein. Ich bin mit 8 Jahren nach Zug gezogen und – im Gegensatz zu Dani – Zuger Stadtbürgerin. Während 23 Jahren kann frau sehr wohl eine Beziehung zu dieser Stadt aufbauen. Im übrigen ist Zug ein typischer Neuzuzügerkanton, und das gilt auch für die Stadt.

Während Danis Stadtrats-Ambitionen schon länger bekannt sind, kam Deine Kandidatur für viele eher überraschend. Wie waren die Reaktionen in Deinem Umfeld?

Wer meine Tätigkeit in den letzten Jahren etwas beobachtet hat, ist von meiner Kandidatur weniger überrascht. Sicher ist mein Schritt früher als erwartet gekommen, aber das hat einen konkreten Grund: Der massive Sozialabbau v.a. bei Frauen im neuen Pensionskassengesetz und die komplett verpasste Chance, ein fortschrittliches Personalgesetz einzuführen, haben mir ganz klar gezeigt, dass wir Frauen auf der Exekutiveebene handeln müssen.

Zu Deiner Frage: Es gab eigentlich relativ wenig Reaktionen in meinem Umfeld. Was mich gefreut hat: Niemand hat meine Qualifikation für den Stadtratsjob in Zweifel gestellt. Die meisten verbinden mit meiner Kandidatur die Hoffnung, dass sich wirklich etwas ändert.

Du bist seit gut zweieinhalb Jahren die Leiterin des kantonalen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann. Als Stadträtin müsstest Du diesen Job aufgeben. Wäre das kein Opfer für Dich?

Nein, wenn auch ein weinendes Auge bleiben würde. Städträtin zu



«Anfangen hat mein politisches Engagement bei der OFRA.»

■ Bilder Bulletin

sein wäre ein nächster logischer Schritt in einer Kette. Politisch sensibilisiert wurde ich während des Studiums an der Hochschule St.Gallen. Anfangen hat mein politisches Engagement dann in der OFRA und in der Frauenzentrale. Als sich mit dem Gleichstellungsbüro die Chance bot, daraus sogar einen Beruf zu machen, habe ich zugepackt. Als Leiterin dieses Büros habe ich zwar Einflussmöglichkeiten, aber die sind beschränkt. Von daher reizt mich der Wechsel in die Exekutive. Auf der anderen Seite erlebe ich meine jetzige Tätigkeit auch schon als Managementjob mit erschwerten Rahmenbedingungen. Natürlich ist mir das Gleichstellungsbüro während der Aufbauzeit, die ich massgeblich mitgeprägt habe, ans Herz gewachsen. Aber das Büro wird unabhängig von meiner Person weiterexistieren.

Nach dem Bekanntwerden Deiner Kandidatur wurden Befürchtungen geäussert, Deine Kandidatur würde dem Gleichstellungsbüro schaden. Was meinst Du dazu?

Grundsätzlich glaube ich, dass das Büro sehr gefährdet ist! Eine Mehrheit in der Zuger Regierung

und gewichtige Kräfte im Kantonsrat sind nicht gewillt, den Verfassungsauftrag nach Gleichstellung von Frau und Mann auszuführen. Nur wenige stehen in der Öffentlichkeit aber zu dieser Haltung. Diesen Gegnern kommt der Fahrplan für die Weiterführung des Büros gelegen: Entschieden darüber wird erst kurz nach diesen Wahlen, d.h. vier Jahre vor den nächsten Wahlen!

In dieser Konstellation ist die beste Verteidigung des Gleichstellungsbüros die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, eine öffentliche Diskussion über das Büro und das Klarmachen von Positionen vor den Wahlen.

Du bist ausgebildete Betriebswirtschaftlerin. Glaubst Du, dass innerhalb der kapitalistischen Marktwirtschaft die für das Überleben der Menschheit notwendige ökologische Wende machbar ist?

Im Prinzip ja, aber! Entscheidend sind die Rahmenbedingungen dieser sogenannten Marktwirtschaft. Ich sehe drei Rahmenbedingungen, die sich ändern müssen: Erstens finden ca. 60% der gesellschaftlich notwendigen Arbeit ausserhalb der Geldwirtschaft, dh. also ausserhalb der Marktwirtschaft, statt: Haushalt, Kinderbetreuung etc. Der überwiegende Teil dieser Arbeit wird von Frauen geleistet. Die Arbeit muss neu definiert und umverteilt werden. Übrigens könnte unsere Geldwirtschaft ohne den unbezahlten Teil der Arbeit gar nicht funktionieren – und nicht umgekehrt. Zweitens sind die ökologischen Folgen der menschlichen, wirtschaftlichen Aktivitäten kein Bestandteil der ökonomischen Steuerungsmechanismen. Ich fürchte, die Luft geht uns aus, bevor wir es geschafft haben, saubere Luft zu einem solchen Bestandteil zu machen.

Drittens basiert unsere Marktwirtschaft auf ungleichen Tauschbe-

ziehungen mit der sogenannten Dritten Welt. Grosse Sorgen bereitet mir die Gentechnologie: Was da ohne öffentliche Kontrolle anläuft bzw. schon in vollem Gange ist, lässt mich erschauern. Ich bin nicht allzu optimistisch. Nein, wirklich nicht.

Würdest Du Deinen Lebenswandel als nachhaltig ökologisch bezeichnen?

An der letzten Zuger Herbstmesse gab es ein kleines Zelt, wo du deinen Energieverbrauch, ausgehend von Deinem Lebenswandel, berechnen lassen konntest. Mein Verbrauch entsprach ca. einem Drittel des Schweizer Durchschnitts! Entscheidend dafür sind drei Dinge: Ich habe kein Auto, wohne in einer relativ kleinen Wohnung und wohne und arbeite am gleichen Ort.

Stört Dich das Image einer «Powerfrau»?

Habe ich dieses Image?

Power heisst Kraft. Der Begriff «Powerfrau» impliziert, dass es offenbar aussergewöhnlich ist, dass Frauen Kraft haben. Meine Erfahrung ist, dass die meisten Frauen sehr viel Kraft haben. Der Begriff sagt mehr über diejenigen aus, die ihn benutzen, als über mich.

Was würde denn mit einer Stadträtin zum in der Zuger Politik ändern?

Ich wäre die erste Frau im Zuger Stadtrat, sieht frau vom kurzen Intermezzo einer «nachgerutschten» FdP-Stadträtin in den 70er Jahren ab! Was ändern würde? Ich würde versuchen, einen anderen Stil und eine andere Gesprächskultur zu etablieren: keine Entscheide übers Knie brechen, sich Zeit für die Entscheidungsfindung nehmen und v.a. die von bürgerlicher Seite her betriebene Polarisierung zu überwinden versuchen. Viel hängt natürlich auch von den Mehrheitsverhältnissen nach den Wahlen ab und davon, wer

bei CVP und FdP das Rennen um den Stadtrat macht. Ich wäre nur eine von fünf und sehe auch die Grenzen des Kollegialitätssystems.

Gibt es eine Abteilung, die Du besonders gerne übernehmen würdest?

Ja, die Finanzabteilung, was natürlich auch von meinem beruflichen Hintergrund her auf der Hand liegt. Die Sozialabteilung würde mir sicher auch liegen, in der Schulabteilung gäbe es einiges zu tun, und eine Frau als Vorsteherin der Sicherheitsabteilung – wieso nicht? Weniger vorstellen könnte ich mir die Übernahme der Bauabteilung.

Was wären denn in der Finanzabteilung Deine Prioritäten?

Die Finanzpolitik ist ein Kristallisationspunkt für die Politik allgemein. Zuerst würde ich die derzeitigen Prioritäten bei den Einnahmen und den Ausgaben einmal grundsätzlich hinterfragen: Bei den Einnahmen stellt sich die Frage, woher unser Steuergeld in der Stadt Zug kommt. Ein überproportionaler Anteil stammt von den juristischen Personen. Das ist ein ungesundes strukturelles Ungleichgewicht, denn viele dieser juristischen Personen sind relativ flexibel und können kurzfristig von Zug wegziehen, wenn sie andernorts bessere Bedingungen finden.

Bei den Ausgaben würde ich die Priorität bei der sozial weniger gut gestellten Bevölkerungsschicht setzen. Es gibt in der superreichen Stadt Zug zu viele Arbeitslose und Ausgesteuerte. Aber auch die Investitionen müssen genau unter die Lupe genommen werden. In der Wohnbaupolitik müsste die Stadt noch aktiver sein, v.a. was die Erstellung von günstigem Wohnraum betrifft. Im weiteren finde ich, dass die Stadt Land kaufen und dieses im Baurecht für Genossenschaftswohnungen abgeben sollte. Es darf ein-

fach nicht sein, dass in Haushalten der unteren Einkommenskategorien 50% des Einkommens für die Miete draufgeht!

Es zeichnet sich das erste Mal seit langem in der Stadt ein Defizit in der Finanzrechnung ab, die Rede ist von 2 Mio. Minus. Was würdest Du da unternehmen?

Ich würde die Bauinvestitionen auf Einsparungsmöglichkeiten abklopfen (hier allerdings nicht den Wohnungsbau), einzelne grosse Ausgaben stärker etappieren. Sicher nicht gespart werden darf beim Sozialen und bei der Bildung.

Ich würde mich auch vehement gegen das kantonale Projekt von Stadttunnel und Ost-West-Verbindung wehren. Das Geld, das hier verlockt werden soll, würde die Finanzen der Stadt auf längere Sicht stark belasten und sicher defizitär halten. Ich sehe verkehrsberuhigende und mobilitätssenkende Massnahmen auch als effiziente Sparmassnahmen an.

Von Deiner Tätigkeit beim Schweizerischen Verband Volksdienst her bist Du Dir gewohnt, zu führen. Würde die Stadträtin Zumr auch im Führungsstil neue Akzente setzen?

Du meinst, Führungsstil bezüglich Menschenführen? – Ja.

Ich kann zuhören. Dann denke ich, es ist oft besser, einmal zuviel über etwas zu reden als einmal zu wenig oder gar nicht. Oft müssen Entscheide reifen, sind dann aber fundierter. Wenn aber entschieden ist, wird durchgezogen! Mein Führungsstil wäre sicher transparent, d.h., ich lege Wert darauf, dass meine Entscheide nachvollziehbar sind. Wichtig ist auch, die Leute in ihrer Kompetenz als Fachleute ernst zu nehmen.

Nun kann die Kompetenz dieser Fachleute manchmal in guten Treu-



«Der Begriff Powerfrau impliziert, dass es offenbar aussergewöhnlich ist, dass Frauen Kraft haben.»

en angezweifelt werden. Oder ein Chefbeamter hintertreibt aus politischen Gründen die Entscheide seiner Chefin. Was dann?

Ich gehe grundsätzlich mal vom guten Willen der Leute aus. Wenn sich zeigt, dass der an wichtigen Stellen nicht vorhanden ist, müssen halt personelle Konsequenzen gezogen werden. Bezüglich Kompetenz erwarte ich, dass die Leute fähig sind, an einem Entwicklungsprozess teilzunehmen. Das gilt auch für mich! Ich erwarte ja nicht, dass einfach alles aus meiner «Küche» unwidersprochen übernommen wird, ich sehe mich als Bestandteil dieses Prozesses. Auch hier gilt: wenn an entscheidenden Stellen keine Bereitschaft zu dieser Entwicklung da ist, gepaart mit Inkompetenz, dann müssen Konsequenzen gezogen werden.

Deine Kandidatur hat sicherlich mit eine Rolle für das teilweise schwer nachvollziehbare Verhalten der SP in den Verhandlungen um die gemeinsame Stadtrats-Liste gespielt, weil die komfortable Situation der SP auf der Liste (drei SP-KandidatInnen und Dani) sich plötzlich

spürbar geändert hat. Trotzdem dürftest Du den Knatsch zwischen SP und SGA als Parteilose eher distanziert mitverfolgt haben. Wie läuft jetzt die Zusammenarbeit mit der SP?

Hhhmm. Es stimmt, der Knatsch zwischen der SP und Euch hat mich tatsächlich nicht sehr interessiert. Nun, zur SP: Mir scheint, dass dort gewisse Exponenten grosse Mühe haben mit Parteilosen, sie möchten einen lieber in einer Schublade versorgen können.

Ich finde es wichtig, als Parteilose auf dieser Liste zu stehen, und verstehe nicht, dass dies eher als Bedrohung denn als Chance empfunden wird. Vielleicht ist es auch eine Generationenfrage.

Grundsätzlich finde ich, wir müssen gleichberechtigte Partner auf der Liste sein und loyal zu dieser stehen. Natürlich ist es eine Zweckgemeinschaft, die unter den konkreten Voraussetzungen eher der SP dient.

Hättest Du auch auf einer Stadtratsliste SGA und Parteilose kandidiert?
Ja.

Kinder: Ausgangspunkt für eine andere Politik

«Für die Gleichberechtigung von Mann und Frau, für aktiven Umweltschutz, gegen Rassismus – kurz, ich will mich als Frau und Politikerin für die Schwächeren in unserer Gesellschaft einsetzen. Für Menschen ohne Macht und Lobby. Beispielsweise für Jugendliche und Kinder.»

Anna Lustenberger-Seitz

Wie Kinder aufwachsen, welche Möglichkeiten sie haben, ihre unprogrammierte Freizeit zu verbringen, welchen Gefahren (Verkehr, Umweltbelastung, Luftverschmutzung, Gewalt) sie heutzutage ausgesetzt sind: das alles ist mir nicht gleichgültig. Kinder und ihre Anliegen müssen ernst genommen werden. Noch mehr, Kinder sollten in allen Bereichen, von denen sie betroffen sind, aktiv mitreden können. Nicht etwa, weil ich Kinder besonders «herzig» finde. Meine Motivation, mich für die Rechte von Kindern einzusetzen, liegt tiefer: Sie sind die Erwachsenen von morgen, ihnen will ich keine kaputte Welt hinterlassen.

Es gibt seit 1989 eine UNO-Konvention über die Rechte der Kinder. Sie ist ein international verbindliches Instrument zum Schutz der Kinder. Die Schweiz ist, wen wundert's, noch nicht dabei, leider. Die Konvention verlangt beispielsweise: Kinder sollen bei bestmöglicher Gesundheit und in kindergerechten Freiräumen aufwachsen können. Ich habe mich deshalb in Baar und Allenwinden für die Verbesserung der bestehenden öffentlichen Spielplätze eingesetzt. Attraktive Spielplätze lassen Freiräume für Kreativität offen, sie sind Orte der Begegnung von Jung und Alt, von SchweizerInnen und AusländerInnen.

Aber Spielplätze allein reichen nicht: Unsere Siedlungen, unsere Wohnverhältnisse müssen so gestal-



Anna Lustenberger-Seitz.

tet werden, dass Kinder ungestört in der nächsten Umgebung spielen können. Es braucht dazu nicht die ewig gleichen Geräte, sondern Gebüsche, in denen sie sich verstecken dürfen, Bäume, auf die sie klettern dürfen etc. Und es braucht die Bereitschaft

Zur Person

Geboren in der Ostschweiz, 40jährig, von Beruf dipl. Sozialpädagogin und Familienfrau, verheiratet und drei Kinder, seit 1987 wohnhaft in Baar.

Initiantin der Spielplatzsanie- rung, Vorstandsmitglied der Ad-Hort-Gruppe Baar (Ausbau der familienergänzenden Kinderbetreuung). Leiterin der Spielgruppe Allenwinden.

der VermieterInnen und HauseigentümerInnen; Kinder sind wichtiger als ein schöner Rasen. Kinder sollen die Natur hautnah erleben können, und zwar in ihrer nächsten Umgebung. Ich treffe aber oft Kinder mit einem verkrampften Verhältnis zur Natur an. Wenn Sie beispielsweise Erde an ihren Händen oder Füßen spüren, schüttelt es sie. Oft wachsen solche Kinder zu Jugendlichen und Erwachsenen heran, denen die Natur nichts bedeutet, die ihre langweilige und trotzdem gestresste Kindheit mit viel Konsum kompensieren, die überall «Action» suchen und letztlich vor Gewalttaten nicht zurückschrecken. Ich denke, solche Kinder sind auch suchtgefährdet.

Eigentlich wissen wir es ja alle: Unsere Luft ist schlecht. Als Mutter von hellhäutigen Kindern mit roten Haaren habe ich z.B. im Sommer oft Angst vor Sonnenbränden. Natürlich können wir uns mit starker Chemie schützen. Dass Kinder sich während der Mittagszeit nicht mehr draussen aufhalten sollten, macht mich wütend auf eine Gesellschaft, die grenzenlose Mobilität höher bewertet als Gesundheit. Kinder leiden vor allem an Bronchitis, Pseudokrapp und Asthma. Noch zu viele Menschen nehmen diese Krankheit nur als private Angelegenheiten wahr. Die Ziele der Luftreinhalteverordnung müssen – endlich – realisiert werden.

Auch die Gemeinde kann dazu beitragen. Abbau der Pendlerparkplätze, Verlangsamung und Verminderung des Individualverkehrs sind Stichworte. □

Vom Einzelkämpfer zum Sprecher der stärksten Fraktion

«Er brach damals wie ein Wirbelwind in unsere Klasse, der Bauernsohn, der aus einem Internat geworfen worden war, kein guter Umgang also, und darum von uns mit Begeisterung vom ersten Moment an respektiert» (Christoph Braendle in seinen Zuger 'Stadtbeobachtungen eines nunmehr Fremden' in der NZZ vom 3./4. 9. 1994)

Martin Stuber

Auch in den Grossen Gemeinderat (GGR) brach Jo Lang 11 Jahre später, im November 1982, «wie ein Wirbelwind». Auch hier wurde er – mindestens anfänglich – als «kein guter Umgang» empfunden. Zwar wurde er von seinen RatskollegInnen schnell «respektiert», aber kaum «mit Begeisterung». Im Gegenteil versuchte man von Anfang an, sich seiner unbequemen Interventionen mit Ordnungsanträgen zu entledigen. Seine 12 Jahre im GGR sind ein Spiegel der Entwicklung der Grünalternativen in der Stadt Zug.

Erfolgreicher Tabubrecher

Schon im Dezember 1982, anlässlich der Budgetdebatte, brach Jo das erste Tabu: Er wies darauf hin, dass an gewissen Steuergeldern «das Blut, der Schweiß und die Tränen der Ärmsten der Welt klebt». Damals und in den folgenden Jahren erntete er Stürme der Entrüstung. Mittlerweile ist es im Gemeinderat, aber auch im Kantonsrat möglich, ziemlich ruhig über skandalöse Geschäfte privater Firmen zu sprechen, nur der abtretende Zuger Stadtpräsident tut sich immer noch etwas schwer damit.

Dem ging ein langer Lernprozess der bürgerlichen Mehrheit, aber auch der SP voraus. Ein Beispiel mag das verdeutlichen:

Am 14. August 1985 reichte Jo eine Interpellation «betr. Arbeits-

gruppe Finanzplatz« ein. Diese Arbeitsgruppe war kurz zuvor von Regierungsrat Stucky, Kantonbank-Präsident Grob und Stadtpräsident Kamer gegründet worden, um das im Gefolge diverser Skandale arg ramponierte «Image» des Zuger Finanzplatzes aufzupolieren. Auf Antrag von FdP-Gemeinderat Peter Kamm weigerte sich der Rat am 22. Oktober, überhaupt auf Langs Vorstoss einzutreten. Damit konnte nicht einmal der Stadtrat eine Antwort geben. Obwohl dieses Vorgehen der Gemeindeordnung krass widersprach, akzeptierte es der finanzplatzfreundliche Ratspräsident Hanspeter Hausheer (SP).

Dieser musste drei Wochen später eine Beschwerde von Peter Huber und Jo Lang, «beide vertreten durch den Unterzeichneten (= Hanspeter Uster und socii, Rechtsanwälte)», bekanntgeben. Der frischgebackene Rechtsanwalt Uster hatte geklagt wegen «Verletzung der Geschäftsordnung, der Gemeindeordnung, des Gemeindeggesetzes, der Informations-, Meinungsäusserungs- und Pressefreiheit sowie der Ausübung der politischen Rechte». Unter dem Druck der Rechtslage und auf Wunsch des Stadtrates trat der Gemeinderat schliesslich auf die Interpellation ein, verhielt sich aber insofern schlitzohrig, als er Othmar Kamer eine Antwort verlesen liess, aber nachher eine Diskussion ablehnte, was rechtlich zulässig ist.

Damit war die Interpellation aber noch nicht vom Tisch: Am 3. Dezember wurde die Sitzung das

dritte Mal nacheinander damit eröffnet. Der Ratspräsident gab bekannt, dass der Regierungsrat verfügt hatte, «den Beschwerdeführern zu Lasten der Stadt Zug eine Parteient-schädigung von Fr. 900.- auszurichten». Schmerzhafter als die 900 Franken war die Blamage, die sich der Gemeinderat damit bescherte. Dies hinderte ihn allerdings nicht daran, später wiederholt ähnliche Entscheide zu fällen, um dann vom Regierungsrat zurechtgewiesen und zu Entschädigungen verknurrt zu werden.

Nachträglich dienen solche Anekdoten eher der Erheiterung, aber im Rat selber war es bei solchen Diskussionen für den bis 1986 einzigen Alternativvertreter kaum lustig. Angesichts der Aggressionen, die Jo Lang bei solchen Gelegenheiten jeweils entgegenschlugen, brauchte es neben fundiertem Wissen gute Nerven und das, was Christoph Braendle in seinem NZZ-Artikel die «Geduld der Pfaffen» nennt. Kommt dazu, dass seine Tätigkeit im GGR zu Anfang innerhalb der SAP wenig unterstützt wurde.

Frauenpolitische Vorstösse

Die Finanzplatz-Vorstösse hatten zwar inner- und ausserhalb der Kantons Grenzen an meisten Staub aufgewirbelt, aber es waren nicht die einzigen mit Pioniercharakter. Es war ein Mann, der im Zuger Stadtparlament als erste Person systematisch Frauenfragen aufwarf. Hier hatte Jo auch seine ersten Erfolge. Er

brachte den 16wöchigen Mutterschaftsurlaub, Selbstverteidigungskurse für Frauen, die Abschaffung des «Fräuleins» und die Besserstellung der Politessen durch. Interessanterweise sind diese frauenpolitischen Vorstösse mehr als einmal von bürgerlichen Frauen am heftigsten bekämpft worden.

Bei einigen Themen, in denen Jo im Rat in der Minderheit blieb, hat ihm die Geschichte recht gegeben. Wichtige Beispiele sind die Opposition gegen die CH 91, gegen das Abklemmen des heute wieder geförderten Erdgases oder gegen den Ausbau des «Zivilschutz-Nichtsnutz». Inzwischen selbstverständlich geworden ist eines seiner frühesten Anliegen: die Förderung der Alternativkultur.

Lange Zeit erfolglos blieb die Opposition gegen Steuersenkungen. Heute ist der städtische Steuerfuss derart tief, dass Geschäfte zwangsweise Wohnungen verdrängen. Wenig Erfolg hatten auch die wiederholten Versuche, erstmals 1984, letztmals 1993, die Arbeitszeit des städtischen Personals zu senken.

Doppelte Verdoppelung

Als 1986 Jo vor der Wiederwahl stand, war es für viele Bürgerliche schwer vorstellbar, dass ein solcher Störefried wieder gewählt werden könnte. An der letzten Sitzung vor den Wahlen prophezeite ihm Stadtrat Werder: «Vor dem grossen Waldsterben kommt Ihr grosses Wahlsterben.» Zur Eröffnung der neuen Legislatur verteilte Jo Lang im Ratsaal ein Flugblatt mit Bildern von 10 verschiedenen Walfischen unter dem Titel «Aufruf gegen das Waldsterben». Laut Flugblatt übernahm der eher schlecht als recht gewählte Werder («der Stadtrat, der nie grün, aber schnell rot wird») das Patronat für den «Baleano pseudo», den «Stilten Wal».



Finanzplatz Zug: auch heute noch ein Thema. ■ Bild Bulletin

Die Verdoppelung der Stimmenzahl für die Liste «Sozialistisch-Grüne Alternative (SAP und Parteilose)» von drei auf sechs Prozent und der damit verbundene Sitzgewinn war die Frucht von vier Jahren Jo Lang im Gemeinderat und der Öffnung der SAP. Dani Brunners Einzug in den Gemeinderat kommentierte das erste SGA-Bulletin (Februar 87): «Er verbindet ein riesiges Sachwissen in den klassisch-kommunalpolitischen Themen Stadtplanung, Wohnbau, Verkehr und Energie mit einer in diesem Gremium

nötigen Frechheit und einer erfrischenden Radikalität.» Tatsächlich verschob sich das Gewicht der alternativen Arbeit im Rat mit Danis Einzug etwas Richtung Kommunalpolitik im engeren Sinne. Das sich gut ergänzende, aber auf der persönlichen Ebene nicht immer harmonisierende Duo Lang/Brunner sah dann seine Arbeit honoriert in der erneuten Verdoppelung der Stimmen vier Jahre später. 1990 wuchs der Anteil der SGA von sechs auf zwölf Prozent und ergab fünf Sitze im GGR.

Sprecher der stärksten Fraktion

So wurde mit dem fraktionellen Zusammenschluss von SP und SGA aus dem «Zweimannbetrieb» ein wesentlicher Faktor der stärksten Fraktion im GGR. Dass die gemeinsame Fraktion von SP und SGA vier Jahre lang funktioniert hat, ist sicher nicht zuletzt das Verdienst von Jo. Er hat es als Fraktionschef verstanden, auch in den schwierigsten Momenten, als der SP-Fraktionsteil nach dem Rücktritt von Armin Oswald und wegen persönlicher Querelen völlig lahmte, den Laden zusammenzuhalten. Schön wäre es, wenn auch der städtische und vor allem der kantonale SP-Vorstand das anerkennen würden.

Die Metamorphose vom Einzelkämpfer zum Sprecher der stärksten Fraktion hat sich in Jos Stil niedergeschlagen: «Ich versuche, die Bürgerlichen nicht von meinen, sondern von ihren eigenen Ansprüchen zu überzeugen.» Vor allem die CVP hat er mit dieser «jesuitischen» Art immer wieder ins Schleudern gebracht. Und weiter: «Früher sah ich in den Bürgerlichen zuallererst einen Block, den es zu bekämpfen galt. Heute sehe ich stärker die Personen, die es zu überzeugen gilt.» Das änderte allerdings wenig am Blockverhalten von FDP und CVP, v.a. in den letzten zwei Jahren. □

Es steht viel auf dem Spiel

Mit ihrer Gemeinderatsmehrheit haben FdP und CVP eine Stadtplanung durchgedrückt, welche von der Wohnanteils-Initiative und vom ursprünglichen stadträtlichen Antrag nicht mehr viel übrig lässt. Daniel Brunner, die treibende Kraft hinter den beiden erfolgreichen Stadtplanungs-Initiativen von 1990, erklärt im folgenden, weshalb die Stadtplanung bei der kommenden Volksabstimmung abgelehnt werden sollte.

Daniel Brunner

Im Frühling liess die gemeinderätliche Bau- und Planungskommission einen Versuchsballon steigen: Weil die Materie fürs Volk zu komplex sei und «unheilige Allianzen» heraufbeschwört würden, solle auf eine Volksabstimmung verzichtet werden. SGA, SP und Bunte machten aber postwendend klar, dass sie die Stadtplanung so oder so mittels Referendum vors Volk bringen würden. Für demokratische Ohren war der Abschluss der langen Stadtplanungsdebatte im Grossen Gemeinderat am 30. August wiederum bezeichnend: Die Petition von MieterInnenverband, WWF und VCS, welche für den kommenden Volksentscheid eine Variantenabstimmung über die Mindestwohnanteile verlangte, wurde von FdP und CVP bachab geschickt. So hat das Volk keine Möglichkeit, den neuen Zonenplan anzunehmen und gleichzeitig die heutigen Mindestwohnanteile zu sichern. Es bleibt nur die Ablehnung des ganzen Pakets.

Gefährdung des Zuger Werkplatzes

Seit Jahren klagt die Leitung der Landis & Gyr, die industrielle Tätigkeit in der Schweiz und besonders in Zug sei zu wenig profitabel. Statt aber Immobiliengewinne in die industrielle Tätigkeit umzulenken, müssen die industriellen Betriebe der L & G für ihre Räume «marktgerechte» Mieten bezahlen. Wenn nun das ganze

Was geschieht bei Ablehnung?

Über die Stadtplanung wird voraussichtlich am 4. Dezember abgestimmt. Die bürgerlichen Parteien werden der Stadtbevölkerung für den Fall eines Neins den Teufel der kantonalen Bevormundung an die Wand malen.

Was sollen wir von einer «kantonalen Ersatzvornahme» halten, dem härtestmöglichen Eingriff? Kein Problem bestünde bei den heutigen Mindestwohnanteilen und dem Büroverbot in der Industriezone I25: diese würden in Kraft bleiben. Angepasst werden ans eidgenössische Raumplanungsgesetz müsste die ganze Terminologie von Zonenplan und Bauordnung, was aber keine materiellen Probleme aufwirft. Beim Zonenplanselbergäbe es die wirksamsten Eingriffe. Der Kanton müsste bei einer Ersatzvornahme das Siedlungsgebiet sogar stärker eingrenzen als nach unseren Vorstellungen. Gebaut werden könnte bei einem Nein zur Stadtplanung à la CVP und FdP auch weiterhin, aber ohne Mehrausnutzung und nicht auf den umstrittenen Grünflächen. Das Bauvolumen in der Stadt beträgt seit 1990 mit Ausnahme des Rezessionsjahrs '93 rund 270 bis 280 Millionen Franken pro Jahr. Niemand kann behaupten, dies sei zu wenig.

Fabrikareal nicht wie heute ausschliesslich für industrielle Zwecke, sondern für reine Bürobauten genutzt werden kann, kommt der Werkplatz Zug noch mehr in den Clinch. Genau das passiert mit der Öffnung der Industriezone I 25 für bis zu hundert Prozent Büros. Das Wohnverbot in dieser Zone bleibt hingegen bestehen! So könnte zwischen Gubelstrasse und Feldstrasse in den nächsten Jahrzehnten ein riesiges Büroghetto entstehen, das einem Mehrfachen der Metalli oder der ganzen Altstadt entspräche. Die Haltung der SP/SGA/BL-Minderheit hat sich von der Ablehnung jeglicher Öffnung für Büros bis zu einer schrittweisen Öffnung entwickelt; unser Antrag für die 3. Lesung hätte bis zu 20 % betriebsfremde Büros ohne Bebauungsplan erlaubt. Doch die bürgerliche Mehrheit zeigte keinerlei Kompromissbereitschaft.

Mit unserem Antrag hätten wir die Kapitalbewegungen zur rentabelsten Anlage hin nicht ganz verhindert, aber wir hätten ihnen zum Schutz des Werkplatzes eine klare Schranke gewiesen: Wenn das Areal nämlich mit einer so extrem hohen Ausnutzungsziffer genutzt werden soll, so muss es für Industrien reserviert bleiben. Wenn aber andere, rentablere Nutzungen angestrebt werden, so darf auch das Gemeinwesen andere Ansprüche stellen: So beantragten wir für das Areal direkt an der Gubelstrasse eine Kernzone K5 («Cityzone»); hier wären ein Mindestwohnanteil und im Erdgeschoss publikumsattraktive Nutzungen vorzusehen. Nach unserem Zwischenerfolg in der 2. Le-

sung vom letzten Winter hat der Gemeinderat diesen Vorschlag auf Druck der L. & G in der 3. Lesung gebodigt.

Abbruchgefahr und Millionengewinne

Die InitiantInnen der beiden Initiativbogen betont, dass die Ausnützungsziffer (AZ) nur in den nicht überbauten Gebieten erhöht werden sollte, weil in gewachsenen Quartieren sonst Häuserabbrüche drohten. Bestätigt wurde das durch die Fachleute: Nicht eine einzige Fachperson hat den Zuger Behörden empfohlen, die Erhöhung der AZ undifferenziert übers ganze Siedlungsgebiet zu ermöglichen. Wo ein Drittel oder gar das Doppelte vom Heutigen gebaut werden darf, werden Häuserabbrüche rentabel. Genau das passiert mit der jetzt verabschiedeten Bauordnung. Noch schlimmer: Die «Strukturerhaltungszonen», welche in Gebieten wie Guthirt oder Amansmatt einen gewissen Schutz gegen das «Umpflügen» eines Quartiers geboten hätten, wurden abgelehnt.

Der Angriff auf die Mindestwohnanteile

Die Wohnanteils-Initiative erhielt im Juni 1990 fast zwei Drittel der Stimmen, weil die Zuger Bevölkerung genug vom ständigen Wohnungsmangel in der Region, von in der Nacht menschenleeren Büroquartieren und vom zunehmenden Autopendlerverkehr hatte. Damit es nicht weitere ArbeitspendlerInnen aus den Aussengemeinden und den Nachbarkantonen gibt, müsste der Wohnanteil im Durchschnitt aller Neubauten gut zwei Drittel betragen. Dieses Ziel wird mit der Stadtplanung à la FdP und CVP nicht erreicht.

Weil den Bürgerlichen im GGR aber der Mut gefehlt hat, die «sichtbaren» Mindestwohnanteile massiv und offensichtlich zu reduzieren, verleg-



Um den Pendelverkehr zwischen Wohngemeinde und Zug zu vermeiden, bedarf es höherer Wohnanteile in der Stadt Zug. ■ Bild Bulletin

ten sie sich auf verdecktere Manipulationen. So wäre es bei grösseren Umbauten nicht mehr nötig, die seit 1990 gültigen höheren Mindestwohnanteile zwingend einzuhalten. Und in Zukunft müssten für jedes Baugesuch zwei Berechnungen für die Geschossflächen ausgewiesen werden, was im Stadtzentrum, wo es viele kommerzielle Untergeschoss-Nutzungen gibt, den effektiven Mindestwohnanteil um fünf bis zehn Prozent senkt. Für «Kleinbetriebe im Erdgeschoss» (zum Beispiel Ladengeschäfte mit bis zu zehn Angestellten) kann der Stadtrat zusätzliche Reduktionen gewähren. Trotzdem soll gemäss Gemeinderat auch der nominale Mindestwohnanteil in sieben von dreizehn Zonen um 10 bis 25 % gesenkt werden!

	Seite 1990 gültige Mindestwohnanteile	Vorlage Volksabstimmung
reine Wohnzonen:		
W1	90 %	80 %
W2a	90 %	80 %
W2b	90 %	80 %
W3	90 %	90 %
W4	90 %	90 %
Wohn- und Gewerbezonnen:		
WG 2	(neue Zone)	60 %
WG 3	75 %	60 %
WG 4	75 %	50 %

WG 5	50 %	50 %
Kernzonen:		
Oberwil	75 %	60 %
Altstadtzone	60 %	60 %
K 4	75 %	60 %
K 5	50 %	50 %

Keine qualitative Veränderung

Bei der Umsetzung der Grünflächen-Initiative konnte ein Pflöck gesichert werden: Die Gimenen bleibt – wenigstens für eine Generation – grün. Auch bei der Gewerbezone in der Kollermühle gelang in der 2. Lesung eine bescheidene Reduktion. Doch die übrigen Anliegen gerieten unter die Räder des Gemeinderats: Weder gibt es einen Seerufweg vor dem Chamer Fussweg, noch soll das empfindliche Gebiet Rötel/Waldhof vor einer Überbauung geschützt werden.

Wichtig ist, dass «Auszonungen» keine Entschädigungsfolgen haben. Ganz anders sähe es aus, wenn die jetzige Planung angenommen und dann eine spätere Generation doch noch die Grünhaltung bestimmter Gebiete beschliessen würde: Dann müssten in vielen (nicht allen!) Fällen volle Baulandpreise entschädigt werden! □

Zuger Waffen-Connections: Wie lange noch?

Entnommen aus Friedenszeitung • ARW 73

Zug steht spätestens seit dem Golfkrieg im zweifelhaften Ruf, neben Genf Dreh- und Angelpunkt der Schweizer Waffenschlebereien zu sein. Jetzt reiht sich eine neue Geschichte in die Chronik der Zuger Schleberskandale. Der Sekretär des Zuger Gewerbeverbandes, Iso Lenzlinger, entpuppt sich als Strohmann von Waffengeschäften des KGB.

Wie die "Bilanz" in ihrer neuesten Ausgabe enthüllt, sitzt Iso Lenzlinger im Stiftungsrat der Lichtensteiner "Transatlantic Foundation", die unter anderem die Zuger "Transatlantic Handels AG" betreibt. Diese Briefkastenfirma vermittelte im März 1990 200 ausrangierte russische Panzer zu Schleuderpreisen von 6500 bzw. 9000 US\$. Des weiteren amtiert der Zuger Anwalt Lenzlinger als Präsident der Zuger "Nordex Group Holding" und als einziger Verwaltungsrat der Nordex-Töchter Contitrade, Metur, Nordwest, Orenord, Petronord, Stahlhaus und Urcopp in Zürich. Die Nordex-Gruppe mit Hauptsitz in Wien ist eines der grössten Unternehmen, über die russische Fluchtgelder vor dem Verbot der KPdSU ins Ausland geflossen sind. Die Recherchen der "Bilanz" ergaben, dass Lenzlinger als Strohmann für KGB-Agenten über die Schweiz russische Waffen- und Devisenschlebereien abwickelt. Lenzlinger hatte bereits im Zusammenhang mit der Zuger Raketenlieferung und der Verschiebung von schwerem Wasser nach Südafrika seinen Finger im Spiel.

Die von der ARW und der Sozialistisch-grünen Alternative SGA Zug organisierte Veranstaltung "Zuger Waffen-Connections – wie lange noch?" vom 7. Oktober verspricht also viel Spannung und Gesprächsstoff. Dafür haben die Zuger Waffenschleber gesorgt.

Quelle: Bilanz September 94

Panzer zu Billigpreisen. In der Zuger Transatlantik Handels AG zieht der Sekretär des Zuger Gewerbeverbandes die Fäden.



Aus: Bilanz 9/94

Öffentliche Veranstaltung

Zuger Waffenconnections – wie lange noch?

Veranstaltung zu den Initiativen "Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr" und "Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik"

Ort: Casino, Artherstrasse 2-4 in Zug, Konferenzzimmer
Zeit: Freitag, 7. Oktober 1994, 20 Uhr
VeranstalterInnen: ARW und Sozialistisch-grüne Alternative (SGA) Zug

Barbara Haering

Nationalrätin und ARW-Präsidentin

Zum Stand der Volksinitiativen "Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik" und "Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr"

Res Strehle

Journalist

Fallbeispiel Crypto und ihre Chiffriergeräte

Jo Lang

Kantonsrat und
Präsident der SGA Zug

Fallbeispiel Consen, Itat ("Zuger Rakete") und Transatlantik Handels AG

Urs Kern

SGA-Kantonsrat

Das Schicksal einer verhinderten Standesinitiative des Kantons Zug gegen die Waffenschleberei

Peter Hug

ARW-Vorstand
und Initiativkomitee

Zuger Waffenconnections – wie lange noch? Zu den Lücken in der Exportgesetzgebung.

Lesbisch-schwules Zugerland

Wann hat die SGA schon mal rund 670 Unterschriften an einem Tag gesammelt? Genau das aber ist den neun Frauen und sechs Männern gelungen, die kürzlich auf dem Landsgemeindeplatz in Zug für die Petition «Gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare» sammelten. Ein erstaunlicher Erfolg also für unsere lesbisch-schwule Uraufführung. Eine Geschichte in drei Teilen und hoffentlich mit Fortsetzung.

Gisela Hürlimann

1. Unser Erfolg hat die Abblockungsversuche von Seiten des Amtsblatts und der Staatskanzlei im Vorfeld der Aktion, die sich zur sogenannten «Amtsblatt-Affäre» ausgewachsen, doppelt Lügen gestraft: Die Zuger Regierung hat via Landsschreiber unser Recht auf Öffentlichkeit bekräftigt, und erfreulich viele ZugerInnen bezeugen mit ihrer Unterschrift ihre Solidarität. Jetzt heisst es aber weiter gehen: Auf der inhaltlichen Ebene beispielsweise, indem wir die rechtlichen Möglichkeiten für eine kantonale Gleichstellung ausschöpfen und/oder der Kanton Zug gar mit einer Standesinitiative beim Bund vorstellig würde. Zweitens steht die alte Frage nach der Organisation auf dem Tapet: Durch diese meines Wissens erste öffentliche lesbisch-schwule Aktion haben sich Frauen und Männer kennengelernt, die sonst in getrennten Welten verkehren. Sollen wir in Zukunft mehr Zweckbündnisse für gemeinsame Unternehmungen wie eben Petitions- und Initiativsammungen, Coming-Out-Tage, Info-Veranstaltungen an Schulen, gemeinsame Feste etc. eingehen? Oder uns sogar regelmässig und öffentlich treffen? Drittens geht es darum, die ganze 10.-September-Aktion nicht einfach als «Amtsblatt-Affäre» in die Lokalgeschichte eingehen zu lassen. Schliesslich war das abgelehnte Inserat nicht eine Inszenierung von



Die Unterschriftenaktion trug auch dazu bei, «Frauen und Männer aus getrennten Welten» zusammenzubringen. ■ Bilder Bulletin

uns, sondern im ersten Moment eine unangenehme Überraschung für uns. Damit uns unser wohlverdienter Protagonismus nicht vom «armen» Adjunkten und seinen grossherzigen Tröstern geklaut wird, wollen wir uns in Zukunft nicht mehr vornehm zurückhalten, sondern auf das Recht zur öffentlichen Darstellung und auch Propagierung unserer frei gewählten Lebens- und Liebesweise pochen. Und die, die bei uns jetzt unterschrieben haben, werden wir darauf behaften.

2. Homo-Ehe und Adoption – die zwei wohl gängigsten Schlagwörter in der Diskussion. Anliegen der PetitionärInnen ist es ganz einfach, dass «gleichgeschlechtliche Paare, deren Beziehung auf Dauer angelegt ist», grundsätzlich die gleichen Rechte erlangen können wie heterosexuelle Paare durch Heirat. Diese Rechte, die ein Heteropaar mit der Ehe-

schliessung miteinkauft, sind z.B.: die Niederlassungs- und Arbeitsbewilligung für den/die ausländische/n Angetraute/n, weiter Erbsanspruch und die Befreiung von der Erbschaftssteuer in mehr als der Hälfte aller Kantone, die Miteinschliessung in Sozialversicherungen und Krankenkassenleistungen. Eheleute müssen im Gerichtsfall nicht gegen ihre PartnerInnen aussagen, dürfen Kinder adoptieren, werden bei Unfall und anschliessendem Spitalaufenthalt zuerst benachrichtigt und geniessen das primäre Besuchsrecht. Im Todesfall entscheidet die Witwe/der Witwer über die Organisation von Beerdigung und Nachlass. Schön. All das und viel mehr gilt für Frauen- oder Männerpaare, die sechs, zwölf, dreissig Jahre zusammenleben, nicht. Sie werden vom Staat in all den genannten Fällen wie einander Fremde behandelt. Ob Lesben und Schwule

das ganze rituelle Brimborium rund um die Eheschliessung inszenieren können sollen oder nicht (wie einige das sehnlichst wünschen und wieder andere es angewidert ablehnen), lässt die Petition offen.

Wie eine solche Regelung aussehen könnte, lässt sich – mit Vorbehalten – am dänischen Beispiel ablesen: Seit 1989 können sich in Dänemark gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften amtlich registrieren lassen und kommen in den Genuss fast derselben Rechte wie heterosexuelle Ehepaare, indem im Gesetzestext meist auf das bestehende Eherecht verwiesen wird. Eine wichtige und von mir ausgesehen nicht gerechtfertigte Ausnahme betrifft die Adoption von Kindern: Es ist nur die Einzeladoption des leiblichen Elternteils eines Kindes möglich, ohne dass der/die PartnerIn daraus ein Sorgerecht erwerben würde. Diese Frage polarisiert offenbar auch in der hiesigen Auseinandersetzung. Vergessen geht dabei, dass viele Lesben und einige Schwule eigene Kinder aus heterosexuellen Beziehungen haben. Unterschwellig schwingen in der Verweigerung des Adoptionsrechts die Gleichsetzung vor allem von schwul mit pädophil und die Angst vor einseitiger Prägung mit. Erstere ist eine homophobe Kopfgeburt, auf die ich nicht eingehen will. Letztere geht von der Vorstellung einer sakrosankten Vater-Mutter-Gemeinschaft aus, die zum Gelingen einer gesunden Aufzucht unbedingt notwendig sei. Dagegen können zahlreiche negative Beispiele von de-facto alleinerziehenden Müttern und positive von unkonventionell-gemeinschaftlich aufgezogenen Kindern angeführt werden. Und von wegen Prägung: die meisten Lesben und Schwulen stammen immer noch von heterosexuellen Eltern ab...

Ob die Schweizer Behörden auf die Petition, die am 30. November voraussichtlich mit weit über 50'000



Erfreulich viele Zuger bekräftigten mit ihrer Unterschrift ihre Solidarität.

Unterschriften eingereicht wird, innert nützlicher Frist konstruktiv reagieren, werden wir ja sehen. Im anderslautenden Fall haben wir den Testlauf für eine Initiative sicher bestanden.

3. «Lesbische Zugerinnen und schwule Zuger» – so haben wir uns in einer Pressemitteilung zur erfolgreichen Unterschriftensammlung mit biestischer Freude betitelt. Dass es in Zug Lesben und Schwule gibt, die auch noch öffentlich-politisch dazu stehen und selbstbewusste Forderungen stellen! Angefangen hat das Ganze vor ziemlich genau zwei Jahren, als eine Frau im Amtsblatt «Frauen, die Frauen lieben» suchte. Einem ersten Treffen folgten regelmässige Anlässe privater Geselligkeit, an denen auch Freundschafts- und Liebesbande geknüpft wurden. Dann kam mein Artikel in der SGA-Frauenbroschüre vom Frühjahr dieses Jahres, der über unser mehr Gruppchen denn Klübchen berichtete. Und im Sommer die Idee: «Wir sammeln für die Petition!». Daran sind die telegenen lesbischen Fussballerinnen sicher auch nicht un-

schuld, denn sie haben uns Zugerinnen mit Barbara Brosi, der Präsidentin der Lesbenorganisation Schweiz (LOS), bekannt gemacht. Endlich haben auch wir unsere Promi – neben Inge Meysel, Hella von Sinnen und Emilie Lieberherr –, die in aller Jugendlichkeit sehr geschickt redet und die Petition mitlanciert hat. Ich selber hatte kurz die Idee einer Standaktion, als ich die Beilage der Petitionsbögen im SGA-Infoblatt organisierte, aber ach, mein Glaube an den Mut meiner Freundinnen war schwach. Als dann eine von ihnen damit kam, war ich sofort dabei und mit mir noch zwei andere. Da waren's schon vier, doch noch kein Schwuler dafür. Auf die Sprünge geholfen hat uns schliesslich das Amtsblatt-Inserat, das wir zu diesem Zweck aufgaben bzw. die ganze Publizität darum. Plötzlich meldete sich ein Exilzuger aus Zürich, nun war auch ein altbekannter Exilberner in Zug dabei, und im Handumdrehen war'n wir zehn. An unserem grossen Tag klickten weitere zwei spontan ein, es kamen noch mehr Exilzuger, und schlussendlich sammelten unser fünfzehn auf dem Landsgemeindeplatz zwischen Blumenkohl und Astern, vergilbten Büchern und ausgedientem Korbstuhl, dass es eine wahre Freude war. Das Zuger Publikum zeigte sich, wie das Wetter am Nachmittag, von seiner generösen Seite und unterschrieb recht willig. Lustig waren die verlegenen Versuche, die ganze doch ans Persönliche und Leibliche gehende Sache nüchtern angehen zu wollen: «Ja klar, die sollen doch auch ihr Recht haben», auch wenn ich ausdrücklich von uns gesprochen hatte. Oder ganz einfach: «hmm» und unterschreiben, kurzer ernster Blick, dezidiertes Zurückgeben des Kugelschreibers und ziemlich schnell weiter. Vielleicht weil's ansteckend sein könnte? – «Ja, und wie!» lacht Sandra. □

Eine Reise nach Potsdam

Hanspeter Uster war auf Einladung von Bündnis 90/Die Grünen Ende August für einige Tage in Potsdam. Er wird langsam zum Reisenden in Sachen Innerer Sicherheit, denn die Reorganisation der Kantonspolizei mit den Schwergewichten bürgernahe Polizei, Umweltpolizei, Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und Erhöhung der Verkehrssicherheit findet über die Landesgrenzen hinaus Beachtung. Nach den Sommerferien setzte er zudem eine ganze Reihe von Zeichen: kontrollierte Drogenabgabe, Tamilen-Rückführung, Gastgewerbegesetz.

Hanspeter Uster

Wanderungen durch die Mark Brandenburg, wie sie Theodor Fontane in seinem gleichnamigen, mehrbändigen Werk Ende des letzten Jahrhunderts beschrieben hat, waren es nicht; schon die Anreise verlief nicht gemütlich und zu Fuss, sondern per Flugzeug nach Berlin, direkt nach einer Sitzung einer kantonsrätlichen Kommission. Potsdam, die Hauptstadt Brandenburgs, liegt im Südwesten von Berlin. Die VertreterInnen von Bündnis 90/Die Grünen waren insbesondere an der Reorganisation der Kantonspolizei, an Fragen des Staatsschutzes und der Inneren Sicherheit allgemein interessiert. So kam es u.a. zu einem Treffen mit den Mitgliedern des Innenausschusses des brandenburgischen Landtages, im Rahmen eines Wahl-Wald-Festes zu einer Diskussion über die Perspektiven grünalternativer Politik und zu zahlreichen persönlichen Kontakten mit Leuten von Bündnis 90/Die Grünen, aber auch der PDS.

Die Rolle der PDS

Rolf Wettstädt, Mitglied des brandenburgischen Landtages und dort bis zu den Wahlen am 11. September 1994 Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen im Innenausschuss, beurteilt den Erfolg der PDS in einem Interview, das ich für die Bresche mit ihm führte (vgl. Bresche Nr. 10/94), differenziert: Er ist dazu besonders legitimiert, hatte er doch in



Hanspeter Uster im Gespräch mit dem hessischen Umweltminister Joschka Fischer.

■ Bild Hanspeter Uster

der DDR ein Berufsverbot als Journalist. Er gehörte dem Neuen Forum an, einer sehr aktiven Bürgerrechtsbewegung, hatte mit der SED und Honeckers Leuten also überhaupt nichts am Hut.

Die PDS, so Wettstädt, setzt auf Populismus; so sollen nach ihrer Ansicht alle bisherigen Industriestrukturen erhalten bleiben, ohne Rücksicht darauf, was für Kosten und Umweltbelastungen das nach sich zieht. Bündnis 90/Die Grünen setzt hingegen schwergewichtig auf klein- und mittelgewerbliche Strukturen statt auf die blinde Erhaltung der Grossindustrie. Diese absorbiert sehr viele finanzielle Mittel, die besser in dezentrale Arbeitsplätze investiert werden. Die PDS ist in dieser Frage genau so konservativ wie die

CDU: Setzt diese auf Westimpulse und Übernahme des Westmodells auf den Osten, sieht die PDS die Perspektive in der Erhaltung des Bisherigen. Beides führt in eine Sackgasse; denn beides nimmt zuwenig Rücksicht auf die konkreten Gegebenheiten im Osten und die Chance, die der Umbau Ost eröffnet.

Joschka Fischer holt aus

Am letzten Tag meines Aufenthaltes traf ich in Potsdam Joschka Fischer. Auch er legte grosses Gewicht auf einen echten Umbau Ost. Dieser bietet eine einmalige Chance, eine wirklich moderne Wirtschaftsstruktur zu schaffen, die fast von Null auf beginnen könne. Das sei kein Nachteil, sondern schaffe die

Möglichkeit zur echten Modernisierung zugunsten und nicht auf Kosten der Betroffenen. Die Übernahme des Modells West hätte, so Fischer, zwei Nachteile: Zum einen sei es bloss eine Kopie, die einfach nie so gut wie das Original sei, und zum anderen sei das Westmodell ja auch nicht ohne weiteres erfolgreich, wie die hohen Arbeitslosenzahlen auch im Westen Deutschlands zeigen. Ein alternativer Umbau Ost sei hingegen ein Neubeginn und damit eine Chance, um ökologische Postulate zu berücksichtigen: Fischer ist der festen Überzeugung, dass dafür in Bonn die Weichen gestellt werden müssen und dass nur Rot-Grün dies auch wirklich schafft. Die SPD allein ist zu verhaftet im traditionellen Denken, und es ist manchmal schwer zu erkennen, wo sie sich denn – ausser rhetorisch – von der CDU/CSU unterscheidet.

Lust an der Politik – statt Dienst nach Vorschrift

Dem hessischen Umweltminister zuzuhören ist erfrischend: Bei ihm ist Lust an der politischen Auseinandersetzung, aber auch ein analytischer Ansatz zu spüren, der in der Schweizer und gerade auch in der Zuger Politik fehlt. «Er hörte gerne eine freie Meinung, je drastischer und extremer, desto besser. Dass sich diese Meinung mit der seinigen deckte, lag ihm fern zu wünschen. Beinahe das Gegenteil. (...) 'Unanfechtbare Wahrheiten gibt es überhaupt nicht, und wenn, dann sind sie langweilig.'» So hat Fontane den alten Stechlin in seinem letzten Roman «Der Stechlin» geschildert, und so kam es mir vor, als ich von Potsdam wieder nach Zug heimkehrte: Etwas Distanz von Zug und der behäbigen, ziemlich langweiligen Zuger Art des Politisierens tut ganz gut. Besonders dann, wenn sich der Horizont nicht

nur politisch, sondern auch kulturell öffnet; und für beides sorgten Irene Petrovic und Rolf Wettstädt, meinE GastgeberIn, u.a. mit einer Fahrt durch Brandenburg auf Fontanes Spuren bestens. Abschluss meines Potsdamer Aufenthalts bildeten ein Spaziergang durch den Park von Sans Souci (mit einer Postkarte an Kantonsrat Leo Ohnsorg) und ein Besuch des Fontane-Archivs, wo ich echte Fontane-Handschriften in den Händen halten durfte – doch mehr darüber wäre... «ein zu weites Feld».

Ein Brief – und keine Antwort

Weniger wertvoll als ein Original-Brief von Fontane ist ein Brief von Bundesrat Koller: Dennoch warte ich zur Zeit (Redaktionschluss) schon lange und immer noch auf eine Antwort oder zumindest eine Eingangsbestätigung auf mein Schreiben vom 5. August 1994, in dem ich einige Fragen zum Tamilen-Rückführungsabkommen gestellt habe. Mitte Juli lud ich die Schweizerische Flüchtlingshilfe, die eine eigene Delegation nach Sri Lanka geschickt hatte, Vertreterinnen der Fremdenpolizei, der Asylbrücke, der TamilInnen sowie der Caritas ein, um zu prüfen, inwieweit eine Rückschaffung tatsächlich zumutbar ist. Ich kam zum Schluss, dass zu viele Fragen noch offen sind: Fragen des Vollzugs, aber auch die wesentliche Frage, inwieweit «eine Rückkehr in Sicherheit und Würde», wie sie das Rückkehrabkommen zwischen der Schweiz und Sri Lanka postuliert, mehr als nur diplomatische Rhetorik ist. Zudem stellt sich die Frage, inwieweit die Umsetzung des Abkommens vor Ort kontrolliert werden kann.

Solange diese Fragen nicht befriedigend geklärt sind (und offenbar müssen sie gewichtig sein, sonst

würde das EJPD nicht über sechs Wochen an einer Antwort herumbasteln), so lange schafft der Kanton Zug keine Tamilen aus.

Antrag für kontrollierte Drogenabgabe

Mitte August stellte ich für die Herbstkonferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren den Antrag, eine Diskussion über die ärztlich kontrollierte Drogenabgabe zu traktandieren. Mehr darüber im Artikel zur «Inneren Sicherheit».

Unser Einsatz gegen die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht zeigt: eine liberale Grundhaltung zeigt sich erst in schwierigen Zeiten. Ähnlich sieht es beim Gastgewerbegesetz aus, das ich Mitte September der Öffentlichkeit vorgestellt habe: Deregulierung, so einige bürgerliche Wirte, ist schon recht, aber bitte nicht in der eigenen Branche: Sonst könnte ja jeder eine Beiz eröffnen.

Wichtig ist mir bei dieser Vorlage, dass unsere sozialen und ökologischen Errungenschaften und das Postulat der Gleichstellung von Frau und Mann nicht über Bord geworfen werden; wenn aber eine staatliche Regelung kein solches Gut schützt, ist sie überflüssig. Am meisten Diskussion gibt die Abschaffung des Fähigkeitsausweises: Immer noch ist der (Aber-)Glaube vorhanden, eine vor vielleicht 20 Jahren absolvierte Prüfung garantiere die Einhaltung der Lebensmittelhygiene. Nur Kontrollen schaffen das; und die sehen wir weiter vor. Dazu kommt, dass es uns allen unbenommen ist, morgen eine Metzgerei zu eröffnen; einen Fähigkeitsausweis braucht es dazu nicht, genau so wenig wie für die Führung einer Garage: Dabei ist dort die Gefährlichkeit weit grösser, z.B. durch ein nicht richtig montiertes Autorad. Die Reaktionen auf das neue Gesetz waren überwiegend positiv. □

Verschlechterung der Pensionsbedingungen für Frauen

Die beiden totalrevidierten Gesetze über die Pensionskasse und das Staatspersonal erhielten keine Zustimmung von der Alternativen Fraktion. Die meisten unserer Verbesserungsvorschläge fanden im Rat kein Gehör. Beim Personalgesetz wird das Volk am 4. Dezember das letzte Wort haben. Eine Abstimmung über das Pensionskassengesetz hängt vom Ergreifen des Referendums ab. Ein Antrag der Alternativen Fraktion für das Behördenreferendum wurde vom Rat mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Jörg Rüttimann

Ausser mit den Totalrevisionen der beiden Gesetze beschäftigte sich der Rat auch mit der Spitalplanung. Über diese drei «happigen Brocken» debattierte der Rat mehrheitlich an vier heissen Sommertagen. Nicht ganz so hitzig verliefen denn auch die Debatten. Die Meinungen waren grösstenteils im voraus gemacht. Nur wenige Anträge wurden durch eine knappe Mehrheit entschieden. Die Geister schieden sich vor allem bei den Sozial- und Finanzanliegen.

Der Trend der Abstimmungen über die einzelnen Anträge zeigte aber eindeutig, dass die bürgerliche Mehrheit die Spar- und Sanierungsübungen auf Kosten von sozialen Erwerbschaften des Staatspersonals durchgeführt hat. Das bedeutet ein gefährliches Signal Richtung Privatwirtschaft, welche die aufgezeigte Marschrichtung wohl genüsslich nachahmen wird.

Personalgesetz

Der Beamtenstatus und der Besoldungsnachgenuss werden aufgehoben. Diesen Änderungen konnten wir noch grundsätzlich zustimmen, ging es schliesslich um die Aufhebung von alten Zöpfen. Nicht vergessen darf man aber, dass diese Regelungen immer als Vorteile für die Staatsangestellten gepriesen wurden, um die schlechteren Löhne im Vergleich zur Privatwirtschaft zu rechtfertigen. Das dritte Privileg der



«Die 'Hardliner' setzten sich mit dem Rentenalter von 64 Jahren durch, was eine massive Verschlechterung für die Frauen bedeutet.»

■ Bild Bulletin

Staatsangestellten – der volle, automatische Teuerungsausgleich – hatte der Rat schon letztes Jahr aufgehoben, indem er dem Regierungsrat die Kompetenz erteilte, die Teuerung nicht voll ausgleichen zu müssen. Begründet wurden diese Massnahmen von bürgerlicher Seite immer wieder mit der Anpassung von Gegebenheiten an die Privatwirtschaft.

Als ich im Rat darauf aufmerksam machte, dass die Betriebe im Kanton Zug im Durchschnitt eine halbe Stunde weniger pro Woche arbeiten als die Staatsangestellten und deshalb die Einführung der 40-

Stunden-Woche für das Staatspersonal verlangte, stiess ich im Rat auf taube Ohren. Der Finanzdirektor Urs Kohler (FdP) erachtete meine Forderung «als Signal in die falsche Richtung». Ich frage mich angesichts der nach wie vor grossen Arbeitslosigkeit, wer hier die Zeichen der Zeit nicht verstanden hat.

Keinen Kompromiss konnten wir bei der Festlegung des Rentenalters erreichen. Urs Kern stellte in der 1. Lesung den Antrag, das Rentenalter auf 62 Jahre festzusetzen, was aber im Rat chancenlos blieb. Auf die 2. Lesung hin stellte die Alternative Fraktion einen Kompromissantrag,

das Rentenalter sei auf 63 Jahren festzulegen. Die «Hardliner» setzten sich mit dem Rentenalter von 64 Jahren durch, was eine massive Verschlechterung für die Frauen bedeutet.

Noch schöner ging es beim Frauenerföhrungs-(sprich Frauenverhinderungs-)Artikel zu und her. Sybilla Schmid stellte als Alternative eine geschlechtsneutrale Formulierung eines Quotenartikels vor, der die perfekte Gleichstellung und Gleichbehandlung der Frauen garantiert hätte. Wissend, dass ihr Vorschlag im Rat keine Mehrheit findet, verlangte sie nun die Streichung des «Frauenverhinderungsartikel». Sie argumentierte, dass kein Frauenartikel immer noch besser sei als der jetzt zur Diskussion stehende «Frauenverhinderungsartikels». Der Streichungsantrag war dann der einzige aus unsere Ecke, der im Rat eine unerwartet grosse Mehrheit fand ...

Der Antrag von Willi Wismer und Toni Kleimann, welcher für die Ausübung eines Amtes als Gemeinderat das Arbeitspensum im Dienste des Kantons in der Regel auf höchstens 80% beschränken wollte, wurde nach heftiger Debatte klar gebodigt. Die kantonalen Angestellten können also weiterhin im Nebenamt ein Gemeinderatsmandat ausüben, sofern sie bei ihrem 120- bis 150%-Pensum die volle Leistung beim Kanton erbringen. Chapeau, da können sich alle Arbeitslosen nur noch die Finger lecken.

Pensionskassengesetz

Beim Pensionkassengesetz ging dann aber die Sozialabbaurunde erst richtig los. Lag die Pensionskasse des Kantons Zug in Sachen Leistung/Beiträge bis jetzt im schweizerischen Vergleich im vorderen Drittel, so ist sie mit dieser Gesetzesrevision in den hinteren Drittel deklas-

siert worden. Trotz massiv höheren Beiträgen sind die Leistungen der Altersrenten in unakzeptablem Masse kleiner geworden. Ich stellte im Namen der Alternativen Fraktion während der Eintretensdebatte den Antrag, vorgängig über den Systemwechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat abstimmen zu lassen. Der Vorteil beim System des Leistungsprimats liegt bei den garantierten Leistungszielen. JedeR Versicherte weiss heute, welche Leistungen sie oder er morgen für ihre oder seine heute bezahlten Beiträge erhält.

Beim System des Beitragsprimats sind die späteren Leistungen abhängig von den Lohnsteigerungsraten und der Verzinsung der Sparguthaben. Ich wehrte mich gegen einen Systemwechsel, nur weil er gerade im Trend der Zeit liegt. Klar ist, dass in beiden Systemen längerfristig nicht mehr ausbezahlt werden kann, als eingenommen wird. Mit anderen Worten: keines der beiden Systeme ist billiger als das andere, es müssen beide finanziert werden. Die Frage ist also, wieviel die ArbeitnehmerInnen und die ArbeitgeberInnen für die Finanzierung aufbringen wollen. Die Sanierung der Unterdeckung darf aber keinesfalls aus den Beiträgen der heutigen VersicherungsnehmerInnen geschehen. Die Deckungsdefizite sollen durch einmalige Zuschüsse gedeckt werden. Der Rat stimmte dem Systemwechsel mit 45:8 Stimmen zu.

Während der Detailberatung waren denn auch noch einige kleinere Verbesserungen aufgenommen worden. Mit Stichentscheid der Ratspräsidentin Ruth Schwerzmann (FdP) wurde in der zweiten Lesung der Antrag von Arthur Meier (CVP), die Hälfte der Verwaltungskosten wieder dem Kanton zu übertragen, angenommen. Erfolgreich war auch ein Antrag von Susanne Jenny (SP),

welcher eine weitergehende Besitzstandsgarantie von Altersleistungen für Frauen vorschlug.

In der Schlussabstimmung passierte das Gesetz dann mit 39:21 Stimmen. Die Erefung des Referendums durch die Angestelltenverbände scheint eher unwahrscheinlich. Die SGA hat eine allfällige Unterstützung für das Referendum zugesagt, will aber aus Gründen beschränkter Kräfte das Referendum nicht alleine ergreifen.

Spitalplanung

Die Mehrheit der Alternativen Fraktion kann sich mit dem Regierungsratsvorschlag von zwei Spitälern anfreunden. Eintreten auf die Vorlage war denn auch unbestritten. Nicht anfreunden können wir uns aber mit dem Abstimmungsmodell. Regierungsrat und die beratende Kommission wollen dem Volk nur die Wahl zwischen zwei Spitälern und dem Status quo überlassen.

Wir aber wollen den StimmbürgerInnen eine Variantenabstimmung vorlegen, die auch die Wahl von drei Spitälern erlauben würde. Ich stellte zudem den Antrag, die volkswirtschaftlichen Kosten abklären zu lassen, wenn neben zwei subventionierten Spitälern sich im Kanton Zug ein Privatspital etablieren würde.

Der Rat fand das nicht für nötig, Hauptsache, die Investitionen und Betriebskosten von zwei Spitälern sparen Steuergelder; die Gesundheitskosten insgesamt können weiterhin ansteigen, die werden ja durch die Krankenkassenprämien gedeckt... Vielleicht zwingt die zwischenzeitliche Ankündigung vom Spital Cham, als private AMIKlinik weiterzumachen, die Regierung doch noch dazu, ein paar zusätzliche Rechnungen machen zu lassen. □

Pensionskasse bleibt bei der Stadt

Bevor die Damen und Herren des Gemeinderates in die Sommerpause zum warmen und überdüngten See entlassen wurden, beschäftigten in der Sitzung vom 5. Juli vor allem die Pensionskasse für das Personal der Einwohnergemeinde Zug und der Neubau Bahnhof Zug den Rat.

Andrew Bos

Erneut war die Pensionskasse Gegenstand der Beratungen. Diesmal ging es um den Grundsatzentscheid zur Totalrevision der Pensionskasse. Auslöser war der mangelnde Deckungsgrad der städtischen Pensionkasse. Die sehr komplexe Materie, die wohl in ihrer ganzen Tragweite nur von Spezialisten durchschaut werden kann, war von einer Spezialkommission vorberaten worden. Dani Brunner, Mitglied dieser Kommission, verfasste als Minderheit einen separaten Bericht, der sich gewaschen hatte. Im wesentlichen ging es bei diesem Thema darum, ob die Stadt weiterhin eine selbständige Pensionkasse führt, ob vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat gewechselt werden soll, ob diese Lösung für die Angestellten transparent ist, ob sich daraus nicht schwere Nachteile für die verheirateten Frauen ergeben und ob sich die Probleme um die Freizügigkeit, Teilzeitarbeit und wechselnden Pensien lösen lassen.

Letztes Wort noch nicht gesprochen

Nun, der Rat hat entschieden: Die Stadt wird in Zukunft eine nach dem Beitragsprimat geführte, selbständige Pensionskasse besitzen. Das letzte Wort dürfte jedoch noch nicht gesprochen sein, da der Stadtrat nun ein Reglement ausarbeiten und vorlegen muss.

Wie Stadtrat E. Spescha erwähnte, war es bereits das zwölfte Mal, dass der Bahnhof im GGR behandelt wurde. Das Resultat der achtjährigen Bemühungen sei ein überzeugendes Projekt, das den Anforderungen des 21. Jahrhunderts genügen könne. Der Neubau sei vermutlich die letzte Möglichkeit, zu einem vernünftigen Preis die notwendigen Schritte zu unternehmen. In der Sitzung galt es, die baurechtlichen Voraussetzungen für das Projekt zu genehmigen. Es lagen die Bebauungspläne und der Umweltverträglichkeitsbericht vor.

Zusätzliche Parkplätze kommen trotzdem

In den noch kommenden Vorlagen werden dann die notwendigen Kredite vergeben. Bebauungspläne und Umweltverträglichkeitsbericht wurden mit einigen wenigen Retuschen genehmigt, wobei vor allem die Automobilisten Freude haben werden, wurde doch gegen den Vorschlag des Umweltverträglichkeitsberichtes nicht auf das zweite Untergeschoss für Parkplätze verzichtet (21:12 Stimmen). Ein Entscheid über Bauen nach WEG wird bei der Diskussion um die Krediterteilung fallen. Nichts wissen wollte der Rat von einer Abklärung über Auswirkungen des Elektro-Smogs auf die zukünftigen BewohnerInnen (Antrag Stuber, 20:7 abgelehnt). Zu unfreiwilligen Ruhm kamen die neuen Anhänger der ZVB auf der Aegeri-Linie. Sie

waren ja bekanntlich wegen besserer Bergtauglichkeit mit einer Sonderbewilligung angeschafft worden. Da die Planer aber nicht mit diesen Anhängern rechneten, geriet die Überdachung des Busbahnhofs zu kurz. Eine Verlängerung wurde jedoch aus ästhetischen Gründen abgelehnt.

Direkte Einflussnahme auf die Meinung der Räte?

Weiterhin zu reden geben die Verhandlungen mit den Grundeigentümern von Glashof und Marc Rich, wo die neue Busrampe gebaut werden soll. Befremdend wirkte dabei das Verhalten des juristischen Vertreters der Grundeigentümer, der mittels Brief an alle Ratsmitglieder auf die Meinung Einfluss nehmen wollte, obwohl die Stadt mit beiden Parteien von Anfang an in Verhandlung stand. Der Rat beugte sich dem Druck nicht, gab jedoch dem Stadtrat den Auftrag, eine Kostengegenüberstellung der Variante Bauherrschaft und der Variante Grundeigentümer unter Berücksichtigung der Expropriationskosten zu erstellen (Antrag der CVP, 22:3 Stimmen).

Neben diesen wichtigen Geschäften wurde ein Motion von A. Csomor «Gesunde Städte – Gesunde Stadt Zug» als Postulat überwiesen.

Nach den Sommerferien war der Gemeinderat wieder mit der Stadtplanung (3. Lesung) beschäftigt. Siehe dazu den Artikel von Daniel Brunner. □

«Persönlichkeiten statt Parteien!» Unter diesem Motto hatte die CVP vor zwei Jahren ihre – ungültige – Majorz-Initiative lanciert, wohl in einem Anflug von parteilichem Selbstzweifel. Nun haben sich diese Selbstzweifel aber auch auf die «Persönlichkeiten» ausgebreitet. Da durfte für den Regierungsrat neben den bisherigen drei Männern keine Frau kandidieren, denn man stelle sich vor (worst-case-Scenario): Die CVP verliert einen Sitz und einer der drei Bisherigen macht weniger Stimmen als die CVP-Kandidatin! Bisig bleibt, aber Twerenbold und – wie heisst er doch gleich wieder? – sind out. Das geht natürlich nicht.

✱

Damit steht die CVP vor einem anderen gravierenden Problem: Auf kantonaler Ebene haben sie keine Frau als Kandidatin. Geht natürlich auch nicht (mehr). Aber die Suche ist schwierig, auch da fehlt es an Persönlichkeiten. Schliesslich wird die CVP-Baar vom kantonalen Vorstand mit mehr oder weniger sanftem Druck «gebeten», doch bitte Martha Hitz für den Ständerat zu portieren, welche mit einigen Nebengeräuschen dann sogar nominiert wird.

Nun plagt die CVP-Strategen ein neues Problem: Auf der linksgrünen Seite kandidieren zwei starke Frauen. Was, wenn die nicht so wahnsinnig starke Martha Hitz im ersten Wahlgang ein ganz schwaches Resultat macht, sagen wir: unter 40%? (An das Erreichen der absoluten Mehrheit glaubt in der CVP nicht mal der Papst)

Ja, was dann? So zirkulieren nun schon die Namen von möglichen CVP-Kandidaten für den zweiten Wahlgang, zu dem Martha Hitz aus was für Gründen auch immer nicht mehr antreten würde. Bei Redaktionsschluss stand der Name Robert Bisig ganz oben.

✱

Als Leithammel bei der stadtfeindlichen Demontage der ursprünglichen Stadtplanung agierten FdP-Stadtratskandidat Luchsinger und CVP-Fraktionschef Granzoli, der dafür besorgt war, dass in dieser Frage vom christlichsozialen Flügel der CVP gar nichts zu spüren war. Derselbe Dr. Granzoli hat seine Aussage bezüglich

Stadtplanung, «sie würden dann schon dafür sorgen, dass es zu einer Lösung komme, hinter der alle Bürgerlichen stehen könnten», ernst genommen. Oder hat sein zeitweise enger Kontakt zu SVP-Boss Gyseler noch andere Gründe?

Wie auch immer, nach ihrem zu erwartenden Ja zur Stadtplanung und nach dem problemlosen Anlaufen des begleiteten Wohnens für Drogenabhängige im Guthirt-Quartier sucht die SVP verzweifelt nach einem Aufhänger, um sich wieder ins Gespräch zu bringen. Jetzt hat ihnen Regierungsrat Uster mit seinem neuen Gastwirtschaftsgesetz auch noch vorgeführt, wie sinnvolle Deregulierung in der Realität aussehen kann.

✱

Ziemlich «dereguliert» verhalten hat sich Noch-RR Kohler seiner Parteikollegin Susanna Fassbind gegenüber anlässlich der FdP-Regierungsrats-Nomination. Wie sich das bei den bürgerlichen Frauen im Kanton Zug offenbar gehört, werden die FdP-Frauen schlussendlich auch das brav schlucken. Vielleicht werfen sie mal einen Blick auf das Manifest prominenter freisinniger Frauen, das zum hundertjährigen Geburtstag der FdP in der NZZ abgedruckt war (17./18.9.94). Dort steht unter anderem: «Die FdP als liberale Partei hat allen Grund, sich in Befolgung ihrer eigenen Grundsätze bei der Realisierung der Gleichstellung der Geschlechter zu engagieren. Wenn sie ihrem Anspruch, Volkspartei zu sein, auch künftig gerecht werden will, so muss sie über die Bücher – und zwar sofort.»

✱

Zur FdP-Regierungsrats-Nomination von Werner Grond (Rektor, Neuheim) und Nicht-Nomination von Joachim Eder (Unterägeri, Lehrer) zirkuliert zurzeit folgender Witz: Frage: Was ist der Unterschied zwischen Neuheim und Unterägeri? Antwort: Keiner, an beiden Orten freuen sich die Schulen!

✱

Kein Witz ist das jüngste «Stellenangebot» der SVP. Deren Drogen-Initiative will und will nicht vom Fleck kommen, offenbar riechen die meisten BürgerInnen den repressiven

Braten und unterschreiben nicht. Nun hat der Organisator der Unterschriftensammlung – Stadtratskandidat J.P. Flachsmann – das Temporärbüro Ecco eingeschaltet, welches für 18 Franken in der Stunde UnterschriftensammlerInnen sucht. Unterstützt wird die SVP dabei noch von einigen gemeindlichen Arbeitsämtern, welche Arbeitslosen diesen «Zwischenverdienst» empfehlen...

✱

Wie schnell die Zeit vergeht! Schon seit über zwei Jahren hat das SGA-Bulletin in Form des eSPe-Blattes eine kleine Schwester, und wir geben an dieser Stelle gerne zu, dass es uns schon ein bisschen stolz gemacht hat, Vorbild sein zu dürfen. Konkurrenz belebt das Geschäft und ist uns in diesem Fall ein Ansporn, noch offener, frecher und selbstkritischer zu werden.

Ein bisschen mehr Probleme mit der Konkurrenz scheinen dagegen einzelne SP-ExponentInnen zu haben. Im letzten eSPe-Blatt vergleicht die SP-Präsidentin Rosemarie Rossi die Frauenanteile der Parteien im Kantonsrat und die «Frauen-Misserfolgsquote» bei den letzten Wahlen. Rossi klopfte sich auf die Schultern und freute sich über die Spitzenposition ihrer Partei. Dumm nur, dass die alternative Fraktion in der SP-Statistik gar nicht existiert. Unsere Bescheidenheit gebietet uns vornehmes Schweigen über das Aussehen der Rangliste bei der Berücksichtigung aller Fraktionen im Kantonsrat...

✱

«Andere reden, die SP handelt». Dieser Spruch erscheint mit schon fast penetranter Häufigkeit in der obenerwähnten Nummer des eSPe-Blattes. Erinnerung an einen (alternativen) Aktivist des erfolgreichen Referendums gegen die KVA-Fänn wehmütig: «Wenn die SP nur schon damals ihrem Slogan nachgelebt hätte!» (Bei der wohl wichtigsten kantonalen Abstimmung in der vergangenen Legislaturperiode hatte die SP die Ergreifung des Referendums bekanntlich nicht unterstützt).

Wir freuen uns auf jeden Fall schon heute, in Zukunft mehr SP-AktivistInnen bei Aktionen und Aktivitäten aller Art anzutreffen. Oder gilt der Slogan nur für die Vorwahlzeit? □

Vorläufige Thesen über das Schlagwort hinaus

Die folgenden Thesen sind keine abschliessende Bestandesaufnahme; sie sind vorläufig, weil das komplexe Thema nicht endgültig erfasst werden kann. Gerade wir Alternativen können bei der «Inneren Sicherheit» nur etwas bieten, wenn es uns gelingt, eine breite und breitgefächerte Diskussion zu lancieren.

Hanspeter Uster

1. Ein Gefühl von Sicherheit: Am Anfang war ein Staunen über folgenden Satz in einer Pressemitteilung von Bundesrat Koller zum Thema «Innere Sicherheit»: «Die schweizerische Bevölkerung soll sich wieder sicherer fühlen».

Es geht offenbar um ein Gefühl, und nicht um die Sicherheit an sich.

2. Auch Gefühle ernst nehmen: Die durch Umfragen ermittelte Verunsicherung der Bevölkerung entspricht nicht der realen Bedrohungslage und widerspricht sogar den sinkenden Zahlen der Kriminalstatistik; dazu kam die grosse Kampagne der Bürgerlichen. Trotzdem: Es gilt, diese Ängste ernst zu nehmen. Sie sind aber nicht nur im Zusammenhang mit Kriminalität, Asyl oder Strafvollzug, sondern auch mit dem raschen sozialen, gesellschaftlichen, politischen und technologischen Wandel zu sehen. Einige Stichworte: Arbeitslosigkeit, Entfremdung durch Rationalisierung und Deregulierung, Europa, Erosion gesellschaftlicher Werte und Strukturen (Solidarität, Familie), Individualismus etc.

3. Statistik: Die Schweiz gehört weltweit zu den sichersten Ländern. Die Kriminalitätsrate ist niedrig, und die Gesamtzahl der Delikte im Vergleich zu 1991/92 gesunken. Die Zunahme an Gewaltdelikten hält sich in Grenzen, ausser in urbanen Zentren. Dort hängt sie aber eng mit der Drogenkriminalität zusammen

(zunehmende Brutalisierung, Beschaffungskriminalität). Dieser Zusammenhang von Drogenprohibition und Zunahme von Gewaltdelikten ist wissenschaftlich erwiesen.

4. Hohe Ausländerkriminalität?

Die Kriminalitätsrate ist bei AusländerInnen mit regulärer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung sogar etwas tiefer als bei den entsprechenden alters-, geschlechts- und schichtspezifischen Schweizergruppen. Die Ausländerkriminalitätsrate ist mit über 40% aller Delikte aber auf den ersten Blick dennoch sehr hoch. Bei der Ausländergruppe ohne feste Aufenthaltsbewilligung handelt es sich aber grossmehrheitlich um Männer in der Altersgruppe von 18 bis 40 und in sozial tiefer Stellung. Genau in diesem Segment ist auch die analoge Gruppe der Schweizer weit überdurchschnittlich delinquent. Diese weit über dem Durchschnitt liegende Kriminalitätsrate des Schweizer Segments wird aber kompensiert durch Schweizer Frauen und die SchweizerInnen unter 18 oder über 40 Jahren. Genau diese Komplementärsegmente, die den Durchschnitt wieder nach unten drücken, fehlen bei den AusländerInnen. Somit wird nicht gleiches mit gleichem verglichen. Dazu kommt, dass AusländerInnen tendenziell stärker kontrolliert werden, so dass bei ihnen auch mehr «auskommt». Schliesslich können gewisse Delikte nur von AusländerInnen begangen werden (illegale Einreise, illegales Verweilen in der Schweiz etc.).

Eine Diskussion um Integrationsformen und die Probleme, aber auch die Chancen einer multikulturellen Gesellschaft ist dringend notwendig. Undifferenziertes Beschuldigen von AusländerInnen fördert hingegen Fremdenfeindlichkeit und rassistisch motivierte Gewalt.

5. Sicherheit von und für Frauen:

Ungleichheit schafft Diskriminierungen und Abhängigkeiten, die es den Männern ermöglicht, Gewalt anzuwenden. Die Mehrheit der Gewaltdelikte gegen Frauen sind Beziehungsdelikte; rund 3/4 aller sexuellen Übergriffe gegen Frauen geschehen im privaten Raum durch ihnen bekannte Täter. Trotzdem haben viele Frauen in erster Linie im öffentlichen Raum Angst. Sie schränken sich dadurch in ihrem Ausgehen ein und sind somit sozial, politisch und wirtschaftlich einschneidend behindert.

Entscheidend ist also, dass Ungleichheit abgebaut wird. Die Sicherheit der Frauen muss durch ökonomische und soziale Gleichstellung und Unabhängigkeit verbessert werden. Durch ein umfassendes Gleichstellungsgesetz, bauliche und planerische Massnahmen im öffentlichen Raum und die damit einhergehende Förderung des Selbstbewusstseins wird die Gewalt gegen Frauen erschwert.

6. Bewusst gestalteter öffentlicher Raum: Der öffentliche Raum muss Lebensraum sein und in einem Gleichgewicht zwischen Begegnung und Bewegung stehen. Eine primäre Ausrichtung auf Verkehr gefährdet

nicht nur die Verkehrssicherheit, sondern auch die allgemeine Sicherheit. Gefordert sind Räume, die ein Begegnen und Verweilen ermöglichen und die Verantwortung im und für den öffentlichen Raum fördert (Stichwort Vandalismus).

7. Prävention: Jugendliche müssen in Schulen und Freizeitaktivitäten in ihrer Konfliktfähigkeit unterstützt werden.

8. Für eine liberale oder zumindest staatlich kontrollierte Drogenabgabe: Die repressive Drogenpolitik ist Hauptursache für die Überlastung von Polizei, Justiz und Strafvollzug. Doch nicht nur das: Durch das Drogenverbot schafft der Staat erst einen (Schwarz-)Markt, der die höchsten Gewinne verspricht und so insbesondere auch organisierte Kriminalität anzieht. Diese Zusammenhänge wurden in den bürgerlichen Positionspapieren bis vor kurzem entweder gar nicht oder dann nur am Rande erwähnt; dabei sind sie zentral für das Thema der «Inneren Sicherheit».

Durch eine umfassende kontrollierte Drogenabgabe kann die Zahl der Straffälligen massiv reduziert und die Sicherheit im öffentlichen Raum verbessert werden. Die jetzt laufenden Abgabeprogramme müssen stark ausgeweitet werden; hätte es sie im Kanton Zug schon im Sommer 1994 gegeben und hätte der Kanton Zug beim Bund und in Zürich Druck auch für Heroinabgabe-Plätze gemacht, wäre der Beitritt zum «Durchlauferhitzer» des Zürcher Rückführungszentrums zu verhindern gewesen. Sie SGA unterstützt auch die DroLeg-Initiative, die noch einen Schritt weiter geht als die ärztlich kontrollierte Abgabe.

9. Repression ist auch Gewalt: Nur auf Repression (Polizei, Strafrecht, Strafvollzug) ausgerichtete Konzepte verhindern die Auseinandersetzung mit den Ursachen der Kriminalität und führen die Spirale



Verunsicherung der Bevölkerung und Kriminalstatistik stehen im Widerspruch.

der Gewalt weiter. In Staaten mit repressiver Politik und härtesten Massnahmen bis hin zur Todesstrafe (Paradebeispiel USA) sind Gewalt und Kriminalität wesentlich höher als in Staaten, die auf Resozialisierung und soziale Sicherheit setzen (Holland, Skandinavien).

10. Keine Aushöhlung des Rechtsstaates durch «Staats-Schutz»: Die FDP Schweiz meint in ihrem Papier «Innere Sicherheit»: «Zum Schutz der demokratischen Institutionen unseres Rechtsstaates und insbesondere für die zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens notwendige gesetzliche Grundlage der präventiven Informationsbeschaffung und -verarbeitung ausserhalb des prozessualen Ermittlungsverfahrens muss ein differenziertes Bundesgesetz über die Innere Sicherheit erlassen werden.»

Wer den Rechtsstaat so schützen will, dem ist er schon abhanden gekommen: Rechtsstaatlichkeit bedeutet eben, dass zum (angeblichen?) Schutz des Staates grundsätzliche Regeln und Menschenrechte nicht einfach über den Haufen geworfen werden dürfen.

11. Umweltschutz ist Sicherheit: Ulrich Beck hat 1986 in seinem Buch «Risikogesellschaft» gezeigt, mit welchen Risiken wir leben müssen. Umweltschutz schafft Sicherheit, und zwar doppelt: zum einen die Sicherheit des unmittelbaren Überlebens (Schutz vor Katastrophen durch Prävention), zum anderen aber auch ein Leben im ökologischen Gleichgewicht und im Einklang mit der Umwelt, mit sich und den anderen Menschen. Und dieses Gleichgewicht ist bzw. wäre die Sicherheit, die wir alle gerne hätten.

12. Solidarität schafft Sicherheit: Zurzeit findet eine verstärkte Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben statt. Gemäss der Steuerstatistik des Bundes hat sich der Abstand zwischen Reich und Arm bei den Einkommen und vor allem auch bei den Vermögen deutlich vergrössert. Diese Umverteilung schafft Verunsicherung und bedroht die soziale Sicherheit. Unsicherheit und Abhängigkeit schaffen auch die im Durchschnitt immer noch 30% tieferen Frauenlöhne.

Massnahmen für die soziale Sicherheit haben eine stark präventive Wirkung. Auch die Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Integration von Fremden in unsere Gesellschaft sind unabdingbar, um die Sicherheit ganz wesentlich zu verbessern. Sicherheit entsteht letztlich nicht durch noch mehr Kontrolle und Überwachung, im Gegenteil, beide fördern die Entsolidarisierung und delegieren eine wichtige Aufgabe an andere, z.B. an die Polizei.

Sicherheit und Sicherheitsgefühl sind erst dann in Einklang, wenn handlungsfähige und motivierte BürgerInnen sie solidarisch und verantwortungsbewusst schaffen. Ein grosses Wort: diese vorläufigen Thesen geben vielleicht einige Hinweise, wie wir dies bewerkstelligen könnten. □

veranstaltungen

september

Do 29. **SGA des Kts. Zug. Nomination der Zuger und Baarer KantonsratskandidatInnen**
Parkhotel Zug, 20.00h

oktober

Sa 1. **Forum Oberägeri. Wahlauftakt mit Rösslikutschenfahrt durch das Aegerital**

Mi 5. **Amnesty International Zug: Monatssitzung**
Stadt- und Kantonsbibliothek (3.Stock), 19.30h

Fr 7. **ARW/SGA. Zuger Waffenconnections und die Waffenausfuhrverbots-Initiative.**
Casino Zug, 20.00h

Do 27. **Podiumsdiskussion mit Monika Stocker, Therese Frösch, Odile Montavon, Andreas Weissen und Hanspeter Uster.**
Restaurant Bären Zug, 20.00h

So 30. **Forum Oberägeri. Wahlfest.**
Restaurant Falken.

Mo 31. **Grosses Podium mit allen RegierungsratskandidatInnen.**
Ort und Zeit, siehe Presse.

november

Mi 2. **Amnesty International Zug: Monatssitzung**
Stadt- und Kantonsbibliothek (3.Stock), 19.30h

dezember

Mi 7. **Amnesty International Zug: Monatssitzung**
Stadt- und Kantonsbibliothek (3.Stock), 19.30h

Adressänderungen und Rechnungen an SGA, Postfach 829, 6301 Zug

AZB 6300 Zug 1